Der 35-Stunden-Kampf: Bedeutung und Bilanz

Gert Hautsch / Klaus Pickshaus / Klaus Priester

1. Ideologische Reflexion – Faktor neuer Kämpfe – 2. Rahmenbedingungen und Ausgangslage – 3. Umbruchsituation der Arbeiterbewegung – Gewerkschaftliche Strategie in der Krise – 4. Der Arbeitskampf in der Druck- und Metallindustrie – 5. Zukunftsprobleme der Betriebs- und Gewerkschaftspolitik

1. Ideologische Reflexion – Faktor neuer Kämpfe¹

Alle großen Kämpfe werden mindestens zweimal gekämpft: in der Realität und in der ideologischen Reflexion. Selbst ein Sieg in einem Arbeitskampf ist nur ein halber Sieg oder vermag sich noch in eine Niederlage zu verwandeln, wenn er nicht ideologisch befestigt und zu einem Fundament neuer Aktionsfähigkeit der Handelnden wird. In dieser Form realisiert sich die Wirkung des Ereignisses als richtunggebender Impuls der weiteren Entwicklung. Dabei kann es nicht darum gehen, voluntaristisch alle Kämpfe der Arbeiterklasse in „Siege“ umzuinterpretieren, wohl aber darum, die Interessen in der sich anschließenden ideologischen Auseinandersetzung klar zu definieren und für die theoretische Analyse den Gesamtprozeß der Formierung der Arbeiterklasse zu beachten.

Nach dem Arbeitskampf im Sommer 1984 begann sehr rasch die „zweite Runde“. Publizisten der Bourgeoisie behaupteten die Unsinnigkeit und Überflüssigkeit des Arbeitskampfes, erst recht angesichts der materiellen Ergebnisse,² denen die finanziellen Opfer der Streikenden und anderer Betroffener gegenübergestellt wurden.³ Gleichzeitig wurden die aktiven Streikenden als Rechtsbrecher diffamiert, um die juristischen Grenzen des Arbeitskampfes

1 Der Aufsatz stützt sich in erster Linie auf die folgende Analyse: G. Hautsch, K. Pickshaus, K. Priester: Der Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche. „Flexi-Konzept“ des Kapitals und die Zukunft der Gewerkschaften, Soziale Bewegungen – Analyse und Dokumentation des IMSF 16, Frankfurt 1984. Eingearbeitet wurden ebenfalls unveröffentlichte Ausführungen von Heinz Jung zu diesem Thema. Zum Zeitpunkt des Manuskriptabschlusses lagen außerdem folgende Analysen vor: Frank Deppe/Witich Roßmann, Nach dem Arbeitskampf. Resultate – Fragen – Perspektiven, in: dvz/die tat Nr. 28 und 29, v. 13. und 20. 7. 1984; Witich Roßmann, Ohnmächtige Gegenmacht? Gewerkschaftliche und politische Dimensionen und Perspektiven der Arbeitskämpfe '84, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/84.

2 So Hans Mundorf im „Handelsblatt“: „War dieser Arbeitskampf nötig? Die Frage kann ex nunc wie ex tunc mit Nein beantwortet werden“ (4. 7. 1984).

3 CDU-Bundesvorstand, Arbeitskampf 1984 – eine Dokumentation, Bonn 18. 7. 1984.

und der gewerkschaftlichen Betätigung noch nachträglich und präventiv für künftige Konflikte enger zu ziehen.⁴ Die klassenorientierten Kräfte in den Gewerkschaften dürfen zwar nicht die kritische Auseinandersetzung mit den Tarifabschlüssen verdrängen. Wichtiger aber wird die Auswertung der Erfahrungen und die Suche nach Möglichkeiten, die Ergebnisse gegen das Kapital zu wenden, sein. Denn die Abschlüsse sind kein „für beide Seiten befriedigender Kompromiß“, sondern die vorläufige Festschreibung der gegebenen Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit.

Zunächst bleibt festzuhalten, daß dies ein Kampf nach „orthodoxem Muster“ war. Es waren der traditionelle Klassenkampf und die traditionelle Arbeiterklasse, die sich, gewerkschaftlich organisiert, als Triebkraft des sozialen Fortschritts erwiesen haben.

Wenn jetzt eine kritische Bewertung der Ergebnisse und des Verlaufs des Arbeitskampfes vorgenommen wird, sollte man sich nüchtern die Ausgangssituation vergegenwärtigen. Ein Großteil der Kritiker wird zugeben müssen, daß sie angesichts der komplizierten Krisensituation und des Zustands der Gewerkschaftsbewegung eine solche Aktionsfähigkeit der Arbeiterklasse, wie sie jetzt demonstriert wurde, überhaupt nicht für möglich gehalten haben. Es wurde von vielen auch nicht erwartet, daß das traditionelle Arbeitermilieu für eine „qualitative“ Forderung, in deren komplexe Struktur neben beschäftigungspolitischen Aspekten „humanisierungs“- und freizeit- wie kulturpolitische Dimensionen eingingen, mobilisiert werden kann.

Sicherlich ging es bei diesem Arbeitskampf in erster Linie um ökonomische Fragen. Es bestätigte sich aber, daß jede dem System aufzuzwingende allgemeine Regelung auch politisch durchgekämpft werden muß. Solche Kämpfe erhalten, wenn sie konsequent geführt werden, zwangsläufig eine politische Dimension. 1984 konnte studiert werden, was mit der marxistischen These gemeint ist, politische und ideologische Interessen hingen immer mit ökonomischen zusammen. Der angebliche „Ökonomismus“ und „Klassenreduktionismus“ des Marxismus⁵ wurde als Fehlsicht der Kritiker bloßgelegt: Was sich in den staatlichen Apparaten und in den Köpfen der Arbeiter abspielt, kommt eben nicht ohne den Einfluß der ökonomischen Bewegungen zustande.

Aber auch für die Analyse der Entwicklungsrichtung der Klassenbeziehungen ist die Beachtung des Verhältnisses von Ökonomie, Politik und Ideologie entscheidend. Die in „Ruheperioden“ des latenten Klassenkampfes immer wieder aufgeworfene Frage, ob die „Kooperationsbeziehungen“ zwischen Kapital und Arbeit (als „Sozialpakt“, Sozialpartnerschaftsbeziehungen oder ähnlich bestimmt) dem gesellschaftlichen Antagonismus die soziale Sprengkraft nehmen können,⁶ vernachlässigt die krisenhafte Entwicklung der ökonomi-

4 Vgl. Joachim Fest, Rechtsnihilismus, in: FAZ v. 11. 7. 1984. CDU-Bundesvorstand, a. a. O.

5 Diese Vokabeln haben in jüngster Zeit besonders Vertreter der „Argument“-Mehrheitsrichtung generell gegen die marxistische Auffassung gewendet, wonach die Gesellschaft als Ganzes durch ihre sozialökonomische Basis (das Kapitalverhältnis) strukturiert ist und Politik, Kultur, Ideologie usw. deshalb immer nur relative Autonomie gewinnen können.

6 Zuletzt wieder Rainer Erd/Christoph Scherer, Amerikanische Gewerkschaften – Opfer des Weltmarkts, in: Prokla 54 (März 1984), S. 93.

schen Basis, die eine Polarisierung der Interessen der antagonistischen Kräfte und einen Umschlag in offene Konflikte bewirkt.

Die Analyse eines Arbeitskampfes setzt also die konkrete Untersuchung der wirksam werdenden Widerspruchskomplexe, der Umsetzung der ökonomischen Interessen in die jeweiligen politischen Klassenstrategien und die Beachtung der politischen Gesamtkonstellation (parteipolitische Kräfteverhältnisse, politisches Klima, Niveau der Massenbewegungen usw.) voraus. Wird dies nicht beachtet, erscheint für den oberflächlichen Beobachter leicht das Bild eines „abgekarteten Spiels“. In der Realität ist der Streik hingegen, wie der jüngste Arbeitskampf veranschaulichte, ein Kräftemessen der gegnerischen Klassen, bei dem erst im Verlauf der Aktion entschieden wird, welche Klasse in dieser konkreten Situation ihr Druckpotential besser zur Entfaltung bringen kann und ihre Ziele durchzusetzen vermag.

Die Fähigkeit der Gewerkschaften, in der Krise die ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse in ein strategisches Konzept umzusetzen und die Initiative zu ergreifen, sowie die sichtbar gewordene Loyalität mit den Gewerkschaften haben demonstriert, daß diese Organisationen mehr als nur partikulare Interessenvertretung oder Dienstleistungseinrichtungen für die Arbeiterklasse sind, sondern daß sie im Kern Klassenorganisationen geblieben sind.⁷

Als methodischer Zugang kritischer Gewerkschaftsanalysen haben sich weder der Basis/Führung-Gegensatz noch das eindimensionale Gewerkschaftsbild des „kooperativen Verbandes“ als tragfähig erwiesen, weil hiermit die gewerkschaftspolitische Ausgangssituation des Kampfes nicht erfaßt werden kann.⁸ Ein unverzichtbarer theoretischer Ansatz ist die Differenzierung nach verschiedenen gewerkschaftspolitischen Strömungen (integrationistische, sozialreformistische und marxistische), in denen sich unterschiedliche Reaktionstypen auf die staatsmonopolistische Vergesellschaftung ausdrücken (mit den Hauptpolen integrationistischer und klassenautonomer Gewerkschaftspolitik).⁹ In der gegebenen Situation bestätigte sich, daß bei relativ geringem Entwicklungsniveau selbsttätiger Massenkämpfe den Kadern und Führungen der Gewerkschaften eine ausschlaggebende Rolle zukommt. Dies ergibt sich daraus, daß in der derzeitigen Krisensituation klassenautonome und alternative Aktionsnotwendigkeiten weniger im spontanen Basisdruck als in der For-

7 Walther Müller-Jentsch gibt den Gewerkschaften nur noch eine Zukunft als partikularer Interessenverband ähnlich dem ADAC. Vgl. ders., Klassen-Auseinander-Setzungen, in: Prokla 54, S. 28.

8 Der analytische Gesichtspunkt der grundlegenden gewerkschaftspolitischen Differenzierung wird auch von Jens Bünnig zu wenig berücksichtigt (vgl. ders., Zur Bedeutung des Kampfes, in: revier 8/1984, S. 7 ff.). Integrationistische Politik erscheint bei ihm immer als Konsens der gesamten Gewerkschaftsbewegung, wodurch Bruchstellen und Ansätze einer klassenorientierten Politik in der sozialreformistischen Strömung unterbelichtet bleiben. Ausschließlicher Bezugspunkt klassenorientierter Politik sind die Stimmungen und Haltungen aktiver linker Kerne der Basis. Die hier in weiten Bereichen nach dem Streik vorherrschende Enttäuschung über das Ergebnis wird so zum bestimmenden Maßstab des notwendigerweise damit verzerrten Gesamturteils.

9 Vgl. Gert Hautsch/Klaus Pickshaus, Klassenautonomie und Einheitsgewerkschaft – Zur gewerkschaftlichen Klassenpolitik heute; in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 3, 1980.

mulierung und Realisierung von Gewerkschaftshandeln wirksam werden. Dies gilt offensichtlich, wie die Erfahrungen anderer Länder des staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) und die Formierungsbedingungen der Arbeiterklasse zeigen, generell. Die Durchsetzung klassenautonomer und linker Positionen in Massenorganisationen der Arbeiterklasse, die sozialdemokratisch dominiert sind, erfolgt gegenwärtig nicht als Anpassung an linke Basisströmungen in der Arbeiterklasse, sondern als Reaktion der sozialreformistischen, gleichwohl klassenautonomen Strömung auf die Angriffsstrategie des Monopolkapitals und des SMK. In den ökonomischen Kämpfen gelingt es, wie die Kämpfe in der BRD zeigten, diese Positionen und Haltungen im Kern der Arbeiterklasse zu befestigen bzw. in Massenkämpfen wirksam zu machen. Hieraus ergibt sich eine *gestiegene Bedeutung der ideologischen Komponente* und der ideologisch-theoretischen Auseinandersetzungen, weil sie mit den Orientierungsprozessen der Gewerkschaftskader und -führungen viel enger verbunden sind als mit den Bewußtseinsbildungsprozessen an der Basis.¹⁰

2. Rahmenbedingungen und Ausgangslage

2.1. Flexibilisierung und Kapitalstrategie

Der Arbeitskampf für die 35-Stunden-Woche kann nur vor dem Hintergrund der gegensätzlichen sozialökonomischen Grundinteressen von Kapital und Arbeiterklasse verstanden werden. Für die klassenorientierten Gewerkschaften ging es darum, nach zehn Jahren Massenarbeitslosigkeit und steigender Arbeitsbelastung, Reallohn- und Sozialabbau eine tarifpolitische Regelung zu erzwingen, in der eine andere, den Profitinteressen entgegengesetzte Logik der Entwicklung zum Tragen kommt. Für das Monopolkapital ging es um die Absicherung seiner wirtschaftsstrategischen Grundlinie, der Modernisierungskonzeption und Weltmarktorientierung. Diese macht im Inneren die Verbesserung der Profitproduktion durch angebotsorientierte Wirtschaftspolitik und die Entlastung der Bruttoprofite durch restriktive Sozialpolitik erforderlich. Das beinhaltet eine grundsätzliche Änderung der betrieblichen und gesellschaftlichen Verteilungsverhältnisse und stellt das bestehende System der Klassenbeziehungen in Frage.

Die wichtigsten Hebel zur Durchsetzung sind die ökonomischen Disziplinierungsmittel und das staatsmonopolistische Herrschaftssystem. Die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt als wichtigstes Druckmittel wirkt nur dann, wenn die Übergänge zwischen den verschiedenen Stufen der Beschäftigung und Arbeitslosigkeit fließend bleiben. Das Kapital benötigt für den verwertungsgünstigen Einsatz der hochmodernen Technik ein möglichst flexibles Ar-

¹⁰ Von der herrschenden Klasse wird diesem Tatbestand mit den regelmäßig neu aufgelegten „Unterwanderungskampagnen“ begegnet. Als Antwort auf die jüngsten derartigen Versuche vgl. Hans Preiss, Der Kampf und die Kampagne, in: Die Neue Gesellschaft 7/1984, S. 649 ff.

beitskräftepotential, um so rasch und umfassend wie möglich auf Änderungen der Marktverhältnisse und -strategien reagieren zu können.¹¹ Flexibilität im zeitlichen und örtlichen Einsatz der Lohnarbeit ist ein direkter Faktor der Kosteneffektivität moderner Produktionsmethoden.

Diese Interessenlage dürfte – neben dem Willen nach Änderung der sozial-ökonomischen Kräfteverhältnisse durch eine Schwächung der Gewerkschaften – der tiefere Grund für den erbitterten Widerstand sein, den das Kapital einer Senkung der Wochenarbeitszeit entgegensetzte. Mit diesem Widerstand es sogar im Kontrast zu Prognosen aus dem eigenen wissenschaftlichen Lager, wo oft auch schon von der 35- oder gar 30-Stunden-Woche ausgegangen wird (z. B. in der VW-Studie¹²). Trotzdem sind das System des SMK und die in ihm herrschenden Kräfte unfähig, dem Rechnung zu tragen. Ohne das Einwirken des Drucks des Klassenkampfes von unten und von systemoppositionellen Kräften erlangen ausschließlich die Profit- und Expansionsinteressen für die strategische Orientierung Geltung, und sozialer Fortschritt bleibt auf ein Mindestmaß reduziert.

Bei den heutigen Flexibilisierungskonzepten des Kapitals geht es nicht mehr nur um die je Betrieb variable Länge des Arbeitstages bzw. der Arbeitswoche;¹³ auch der Arbeitskräfteeinsatz während der Woche und von Abteilung zu Abteilung, ja von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz soll kurzfristig veränderbar, Jahresarbeitsmenge und Lebensarbeitszeit flexibel sein.¹⁴ Zentrales Anliegen des Kapitals ist es dabei, die Betriebszeit der hocheffektiven Anlagen von der individuellen Arbeitszeit der Beschäftigten abzukoppeln. Idealbild ist die bislang vorwiegend im Einzelhandel praktizierte „kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit“.

Flexible Arbeitszeiten gemäß den Unternehmerkonzepten bedeuten in aller Regel nicht mehr, sondern weniger Zeitsouveränität für die Beschäftigten. Ihr Arbeits- und Lebensrhythmus wird noch mehr den kurzfristigen Produktionsbedürfnissen des Kapitals unterworfen (Wochenendarbeit, extreme Schichtzeiten, längere Tagesarbeitszeiten usw.). Außerdem besteht die Gefahr, daß unterschiedliche Kategorien von Arbeitskräften mit ungleichem sozialrechtlichem Status geschaffen werden (Aushilfs-, Teilzeit-, flexible und Vollzeitkräfte). Die kollektive Interessenvertretung durch die Gewerkschaft kann durch die Individualisierung von Interessen und die Aufsplitterung der Belegschaft ausgehöhlt werden, tarifliche Normen sollen tendenziell an Verbindlichkeit verlieren. Flexibilisierung ist demnach nicht nur ein Mittel, um die neue Technik uneingeschränkt als „Kriegsmittel des Kapitals“ (*Marx*) einsetzbar zu hal-

11 Vgl. dazu den Beitrag von André Leisewitz in diesem Jahrbuch.

12 Vgl. Zukunft in menschenleeren Hallen. Personal-Denkspiele im Volkswagen-Konzern, in: Der Spiegel 22/1984, 28. 5. 1984.

13 Flexibilisierung der Arbeitszeit ist für das Kapital an sich nichts Neues. Anfang der zwanziger Jahre wurde z. B. das Konzept des „Optimalarbeitstags“ (je nach Auftragslage zwischen 48 und 60 Wochenstunden) dem „schematischen“ Achtstundentag entgegengestellt. Vgl. Gert Hautsch, Kampf und Streit um Arbeitszeit, Frankfurt 1984, S. 63 ff.

14 Vgl. Josef Pfeffer, Flexibilität der Arbeit steigert Produktivität, in: der arbeitgeber, Heft 21/83. Vgl. auch Der Spiegel, H. 12/84, S. 112, und H. 14/84, S. 112 ff.

ten; sie dient auch dazu, das gesamte System der Sozialpolitik umzukonditionieren („flexible“ Tarifverträge, Sozialleistungen, Arbeitsrecht usw.).¹⁵ 1984 wollten die Unternehmerverbände einen entscheidenden Durchbruch in dieser Richtung erreichen. Die betrieblichen, ökonomischen und politischen Bedingungen hierfür waren günstig.

2.2. Massenkämpfe, politisches Klima und gebremste „Wenderegierung“

Die Regierung *Kohl/Genscher* war den Interessen des Kapitals von Anfang an besonders verpflichtet. Ihren Wahlerfolg 1983 erreichte sie als „Aufschwungpartei“ mit Unterstützung der Unternehmer- und Selbständigenverbände. Allerdings läßt sich die Politik dieser Regierung nicht einfach unter die Kategorien Thatcherismus oder Reagonomics subsumieren, denn das klerikale Spektrum (CDU-„Arbeitnehmerflügel“, kirchliche Sozialinteressen) hat innerhalb der bundesdeutschen Variante des Konservatismus Gewicht und nötigt aus dieser Konstellation heraus der konservativen Politik in vielen Fragen einen Kompromißcharakter auf.

Aber auch unter dem Anspruch eines „gebremsten Thatcherismus“ blieben für die herrschende Klasse die Ergebnisse der „Wende“ bislang enttäuschend. Die hochfahrenden Ansprüche der „geistigen Wende“ blieben schon rasch im Dickicht von Skandalen stecken und mit dem Ruch des Verrats und Treubruchs behaftet. Die Namen *Genscher* und *Lambsdorff* sind Symbole für dieses Bild in der Öffentlichkeit. Die Labilität des konservativen Blocks von der Basis bis zur Spitze ist virulent. Die Regierung selbst hängt vom Fortbestehen der FDP als Partei des Bonner Parlaments ab. Diese Umstände sind als Faktoren, die das politische Klima in der Vorstreik- und Streikphase geprägt haben, unbedingt zu beachten.¹⁶ Sie erklären die nahezu bedingungslose Unterwerfung und Indienstnahme der Regierung durch das Großkapital in der 35-Stunden-Auseinandersetzung. Im Spätherbst 1983 mußte die Koalition all ihre Energie für die Zustimmung der Bundestagsmehrheit zur Raketenstationierung gegen die Mehrheitsstimmung im Land aufwenden. Die ersten Monate des Jahres 1984 waren durch die Affäre *Kießling-Wörner* und einige kleinere Skandale (*Schwarz-Schilling*, *Geißler*) bestimmt. Dem folgte der Skandal um die Amnestie für Verbrechen bei der Parteienfinanzierung, bei dem die Dreistigkeit der konservativen Koalition einen Höhepunkt erreichte. Sie machte in Verbindung mit dem dahinterstehenden Korruptionsfall *Lambsdorff* für jedermann offensichtlich, daß CDU/CSU und FDP die Parteien des „großen Geldes“ sind, ja daß dieses Kabinett den Kapitalinteressen regelrecht verpfändet ist. Das spielte gerade in der Periode vor den Urabstimmungen in der Metall- und, zu Beginn der offenen Kampfphase, in der Druckindustrie eine große Rolle, weil daraus die vorwärtsdrängenden Kräfte in den Gewerkschaften die

¹⁵ Vgl. Stuttgarter Leitsätze für die 80er Jahre, Beschluß des 32. CDU-Parteitag, Mai 1984.

¹⁶ Siehe dazu auch Hermann Krüger, Nach der Bonner Wende – oder was aus Illusionen wurde, in: *Unsere Zeit*, 9. und 11. 8. 1984.

Notwendigkeit begründen konnten, im Zweifelsfall auch gegen die Regierung zu kämpfen.

Ergibt sich aus der inneren Logik der konservativen Rechtsregierung, daß sie in diesen zugespitzten Klassenkampfsituationen nicht nur offen die Partei des Kapitals ergreifen mußte, sondern auch sehr unmittelbar diesen Interessen dienstbar wurde (Minister- und Kanzlererklärungen zur Arbeitszeitfrage, von *Blüm* initiiertes „Franke-Erlaß“ usw.), so ergibt sich aus ihrer sozialen Basis eine zunehmende Druckempfindlichkeit in solchen Situationen. Gleichzeitig führte und führt diese innere Logik dazu, daß sie ihre Funktion der Konfliktämpfung und -schlichtung und der Reproduktion des sozialen Konsens nicht mehr oder nur noch sehr eingeschränkt wahrnehmen kann.

Das innergesellschaftliche Kräfteverhältnis erwies sich – im Rahmen der gegebenen Herrschaftsformen – als Grenze für die Durchsetzung monopolistischer Interessen. Zur Strategie des Monopolkapitals gehörte vor allem die Ausschaltung der klassenautonomen Strömung und ihres Einflusses im DGB. Ziel war (und ist) die Neuformulierung und -strukturierung der Regulierungsmethoden in den Klassenbeziehungen: Der sozialpartnerschaftliche Konsens soll gesichert und gleichzeitig soll von den Gewerkschaften ein niedrigeres Anspruchsniveau akzeptiert werden. Es ging also nicht um die Ausschaltung der Gewerkschaften insgesamt, wohl aber um ihre Schwächung als handlungsfähige Gegenmacht. Bei einem solchen Regulierungssystem der Klassenbeziehungen handelt es sich aber nie um eine eherne Struktur, die sich durch ihre eigene Bewegung stabilisiert. Gegen solche Vorstellungen einer „selbstregulativen Anpassung“¹⁷ kann mit Recht eingewandt werden, daß eine derartige „Objektivierung nicht mehr erkennen (läßt), wie sie zustande gekommen ist, daß sie im wesentlichen nur ‚angehaltene Bewegung‘ ist, und daß sie als zu Struktur geronnene Bewegung von sozialökonomischen und politisch-kulturellen Handlungszusammenhängen abhängig ist“.¹⁸ Allerdings folgt daraus, daß eine solche Regulierung ein labiles Verhältnis zwischen antagonistischen Interessen und sozialen Kräften einschließt, die sich bekämpfen, wobei die jeweiligen Kräfteverhältnisse ausschlaggebend für das Ergebnis sind.

Die Kapitalvertreter ignorierten jedoch bei der Bestimmung ihrer Strategie und Taktik gegenüber der 35-Stunden-Woche weitgehend das veränderte soziale Klima in der BRD. Sie glaubten offenbar, daß der Kern der Arbeiterklasse von den Protestwellen und den Haltungen, wie sie in den neuen sozialen und der Friedensbewegung zum Ausdruck kommen, noch nicht erreicht worden sei. Sie gingen von einer Situation aus, in der sich, sobald Aufschwungs- und Arbeitsplatzargumente ins Spiel gebracht werden, die Mitglieder gegen die Funktionäre der Gewerkschaften stellen würden.

Eine genauere Beobachtung der Entwicklung hätte dagegen ergeben, daß die Auswirkungen der Regulierungskrise zwar zunächst in den Reproduktionsbereichen in Gestalt der neuen sozialen Bewegungen zum Durchbruch kamen; über kurz oder lang mußten sie aber auch die Kernbereiche der Arbei-

17 Müller-Jentsch, a. a. O., S. 14ff.

18 Jens Bünnig, a. a. O., S. 9.

terklasse in der Produktion erreichen.¹⁹ Im Zentrum der Anti-AKW-Bewegungen Mitte der siebziger Jahre, später der Hausbesetzer-, Frauen- und Friedensbewegung standen zwar weder Kräfte der Bonner Parteien noch der Gewerkschaften. Der Kern ihrer sozialen Basis lag nicht in der Arbeiterklasse, sondern in der Intelligenz und den lohnabhängigen Mittelschichten. Gleichwohl mobilisierten sie beträchtliche Teile der Kader der Arbeiterbewegung, die in diesen Bewegungen Erfahrungen sammelten und eine Bestätigung ihrer Orientierung auf den außerparlamentarischen Kampf erhielten.

Mit diesen Bewegungen ist letztlich ein neues politisches Klima entstanden, und mit dem parlamentarischen Durchbruch der Grün-Alternativen wurde trotz aller Einschränkungen und Widersprüche Bewegung in die versteinerte politische Szene und in die Wählerlandschaft gebracht. Dabei waren weniger politische Klarheit und Konsequenz der Grün-Alternativen bedeutsam als die Demonstration der Erfolgsmöglichkeit. Das trug dazu bei, daß sich grün-alternative Orientierungen und Sympathien auch im gewerkschaftlichen Linksspektrum ausbreiteten, ohne sich stabil organisatorisch verankern zu können. Es entstand gegen den innenpolitischen Rechtstrend und dann gegen die Rechtswende ein oppositionelles Milieu, aus dem sich immer wieder die tragenden Kräfte der verschiedenen Bewegungen und Aktionen rekrutierten.²⁰

Umfang und Tiefe des Einflusses der neuen Bewegungen auf die Arbeiterbewegung zeigten sich am deutlichsten in der Friedensfrage: die Überwindung der anfänglichen Distanziertheit; die Bildung gewerkschaftlicher und betrieblicher Friedensinitiativen; schließlich der symbolische Proteststreik im Oktober 1983, der seit Jahrzehnten erste offizielle Streik gegen ein politisches Vorhaben der Regierung. Im Frühjahr 1983 hatte die „Wende“-Regierung in Sachen Volkszählung ihre erste Schlappe einstecken müssen. Die Bundesrepublik wurde zum Land mit der größten Dichte und dem größten Umfang außerparlamentarischer Protestbewegungen im kapitalistischen Europa, ja in der kapitalistischen Hemisphäre.

Symptom und Ergebnis dieses qualitativen Umschwungs ist die Umorientierung der SPD. Sie ist eine Reaktion auf die Erosion der Wählerbasis der Partei in der Spätphase der sozialliberalen Koalition. Tempo und Konsequenz dieser Umorientierung zeigen aber, daß die Zeit überfällig war. Wichtigste Merkmale sind der erneute „Schulterschuß“ mit den DGB-Gewerkschaften und die Öffnung für Fragen der Ökologie- und Friedensbewegung, um langfristig das an die Grünen verlorene Wählerpotential zurückzugewinnen. Das bedingt aber auch – mit Verschiebungen – eine stärkere Öffnung zu linken Fragestellungen im gewerkschaftlichen Raum und einen größeren Spielraum für klassenautonome Kräfte. Diese Wechselwirkung war für die Herausbildung einer kämpferischen Linie in der IG Metall und ihre Stabili-

19 Damit hat sich auch die These rechtsorientierter SPD-Ideologen vom Gegensatz zwischen „industriellem Kern“ bzw. Industriearbeiterschaft und den neuen sozialen Bewegungen als falsch erwiesen (vgl. etwa das „Löwenthal-Papier“ vom Herbst 1982).

20 Vgl. dazu H. Dybowski u. a., Nicht wehrlos – doch wohin? Gewerkschaften und neue soziale Bewegungen unter der CDU-Herrschaft, Soziale Bewegungen, Heft 12, Frankfurt 1983.

sierung in der IG Druck und Papier von zentraler Bedeutung. Die Bewegung für die 35-Stunden-Woche wurde dadurch begünstigt.

In der Bundesrepublik hat sich nicht nur ein höheres Niveau der Massenbewegungen und -kämpfe als früher herausgebildet, auch ihr Einfluß auf die politische Entwicklung ist gewachsen. Das ist der Hintergrund, vor dem die Auseinandersetzung um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit vorbereitet und durchgekämpft worden ist. Die für das Kapital nächstliegende – und erfreulichste – Erfahrung, nämlich seine Offensivsituation in den Betrieben und an der Sozialfront, war also nur die halbe Wahrheit. Indem es sie für die ganze nahm und darauf seine Strategie und Taktik für den Kampf um die Arbeitszeit aufbaute, schätzte es die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse von Beginn an unrealistisch ein.

3. Umbruchsituation der Arbeiterbewegung – Gewerkschaftliche Strategie in der Krise

3.1 Betriebspolitik zu Beginn der achtziger Jahre

Die neuen politischen Bedingungen und die Veränderung des politischen Klimas in der Bundesrepublik beeinflussten die Situation in der Gewerkschaftsbewegung ebenso wie die Kräftekonstellationen im betrieblichen Bereich. Dieser stellt bekanntlich nicht nur die eigentliche Basis der Entfaltung gewerkschaftlicher Gegenmacht dar, sondern der Betrieb selbst bildet einen eigenen „hegemonialen Raum“, d. h. einen „Ort des Kampfes um die ideologische und politische Führung der Belegschaften – ein Kampf, der zwischen Kapital und Arbeit und zwischen den Strömungen der Arbeiterklasse bzw. der Belegschaft geführt wird“.²¹

Die allgemeine Verschlechterung der gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen durch die Krise konkretisierte sich auf der betrieblichen Ebene. Der Druck der Massenarbeitslosigkeit verstärkte die Konkurrenz unter den Beschäftigten und zwischen den Belegschaften. Entsolidarisierungs- und individuelle Anpassungstendenzen an die neuen Realitäten nahmen zu. Dies führte in einigen Fällen sogar zu freiwilligem Lohnverzicht und zur Frontstellung von Lohnarbeitergruppen gegen die Gewerkschaften, wenn diese die tariflichen Standards verteidigen wollten (Beispiel: ARBED-Saarstahl). Für die Gewerkschaften ergab sich seit Beginn der 80er Jahre nicht nur tarifpolitisch (seit 1980 Reallohnsenkung), sondern auch organisationspolitisch eine Negativbilanz. Mitgliederverluste (DGB: 1982 und 1983 jeweils über 100 000) und vor allem ein Rückgang der Vertrauensleutezahlen signalisierten eine Schwächung der gewerkschaftlichen Verankerung im Betrieb und eine Schrumpfung der aktiven Kerne. Die IG Druck und Papier reagierte auf diese Situation in der Vorbereitung der 35-Stunden-Bewegung mit einem neuen Konzept ge-

21. Der Betrieb als Formierungsbasis der Arbeiterklasse in der BRD heute. Thesen zum Schwerpunktthema, These 3, in diesem Band.

werkschaftlicher Betriebsarbeit, das die Zusammenfassung aller noch vorhandenen aktiven Kräfte (Vertrauensleute wie Betriebsräte) in sogenannten „betrieblichen Aktionsausschüssen“ und deren inhaltliche Konzentration auf die Mobilisierung für die Arbeitszeitverkürzung vorsah.

Die weitreichendsten Folgen der neuen gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen berühren die Auseinandersetzung um die politisch-strategischen Antworten auf die Krise und damit das Kräfteverhältnis zwischen den verschiedenen Strömungen in der Gewerkschaftsbewegung. Die eingeeengten Spielräume für eine sozialpartnerschaftliche Politik schmälern die materielle Basis für Erfolge der integrationistischen Strömung, erweitern den Handlungsraum für klassenautonome Kräfte und polarisieren in vielen Betrieben die Fronten in den Belegschaften und Vertretungsgremien. Es ist kennzeichnend für die gegenwärtige Umbruchperiode der Arbeiterbewegung, daß diese politisch-strategischen Auseinandersetzungen alle Ebenen – die betrieblichen Kräfte, die Einzelgewerkschaften wie den gesamten DGB – erfaßt haben.

Die Betriebsratswahlen vom März bis Mai 1984 fielen in die Mobilisierungsphase der 35-Stunden-Bewegung und widerspiegeln damit die Situation noch vor dem Arbeitskampf. Obwohl während der Wahlkampfzeit durch die IG Metall initiierte Kampagnen zur Verweigerung von Überstunden und zur Leistungsbegrenzung stattfanden, konnte nur eingeschränkt schon von einem stärkeren gewerkschaftlichen Zugriff auf die Betriebspolitik gesprochen werden. Die 35-Stunden-Woche wurde nicht generell zum beherrschenden Thema der Betriebsratswahlen. In vielen Bereichen, insbesondere in den „Überstundenbuden“, wurde dieser Konfliktstoff ausgespart. Durch die unterschiedliche Krisenbetroffenheit und das sehr heterogene Niveau an Gegenwehr wurden stärker als früher betriebliche Rahmenbedingungen und unterschiedliche lokale und regionale politische Besonderheiten wirksam. Dies verursachte ein sehr differenziertes und widersprüchliches Gesamtbild.²²

Die Initiativrolle der gewerkschaftlichen Führungen und Apparate, speziell der IG Metall und der IG Druck und Papier, im Kampf um die 35-Stunden-Woche erleichterte das Wirken der klassenorientierten Strömung. Die aktiven Kräfte in den Betrieben, die in erster Linie profilierte Verfechter der 35-Stunden-Forderung waren, besaßen in der Regel die Rückendeckung der gewerkschaftlichen Organisation. Diese Konstellation förderte umgekehrt einen engen Schulterschuß aller aktiven und linken Kräfte mit der Gewerkschaft und führte zum Teil zu einer Reorientierung auch linksoppositioneller Kreise auf die IG Metall. Dies ist eine Ursache dafür, daß 1984 die Anzahl linksoppositioneller Listen (1981: ca. 40 in Großbetrieben) als eine Form des Bruchs mit sozialpartnerschaftlicher Politik im Betrieb nicht nennenswert zunahm und am stabilsten in der Chemieindustrie blieb, in der der sozialpartnerschaftliche Kurs der IG-Chemie-Führung über feste Bastionen verfügt.²³

22 Ausführlicher Klaus Pickshaus, Politische Trends bei den Betriebsratswahlen 1984, in: *revier* Nr. 7, Juli 1984, S. 31–35.

23 Vgl. zur genaueren Untersuchung der Ursachen und Entwicklungslinien Klaus Pickshaus, Politische Differenzierung im Großbetrieb: Zur Herausbildung linksoppositioneller Betriebsratslisten, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF* 6, Frankfurt/M. 1983, S. 199 ff.

In einer durch Krisenangst und -erfahrungen geprägten Atmosphäre zeigte sich bei den Betriebsratswahlen 1984 ein starker Trend, für die „Stabilitätskräfte“ im Betrieb zu stimmen und in einer unsicheren Zeit keine Risiken oder Konflikte zu wählen. Das begünstigte nicht unbedingt sozialpartnerschaftliche Kräfte, begrenzte allerdings spektakuläre Ausschläge. Der schon 1981 sichtbare Ablösungsprozeß sozialpartnerschaftlicher Führungsgruppen im Betrieb setzte sich fort und vollzog sich in erster Linie über den Wechsel zu neuen Mehrheiten in den betrieblichen Gewerkschaftsgremien. Der Bonner Regierungswechsel und die neue Oppositionsrolle der SPD wirkten auf zahlreiche sozialdemokratische Betriebsfunktionäre „befreiend“, was in erhöhtem Engagement und stärkerer Profilierung zum Ausdruck kam. Der härtere Kampf um Positionsgewinne, der von der SPD-AfA unterstützt wurde, ging z. T. auch auf Kosten linker Kandidaten.

Zahl und Anteile von rechten, ständischen und sozialpartnerschaftlichen Separatlisten sind in einigen Bereichen aus unterschiedlichen Gründen gewachsen. Zum einen profitierten rechte Listen wie der CMV (Opel Kaiserslautern, Daimler-Benz Wörth) von einer desolaten sozialpartnerschaftlichen Praxis der gewerkschaftlichen Mehrheit, die einer Anti-35-Stunden-Kampagne keine eigene Mobilisierung entgegensetzte. Zum anderen traten häufiger als bei früheren Wahlen – begünstigt durch eine starke antigewerkschaftliche Medienhetze im Vorfeld des Arbeitskampfes – rechte Gruppen mit eindeutig antikommunistischer Stoßrichtung gegen gewerkschaftliche Listen mit progressivem Profil auf (z. B. Klöckner-Hütte Bremen, wo eine solche Liste von der SPD-Betriebsgruppe getragen wurde; Glyco Wiesbaden).

Bei den Angestellten nahm die Listenbildung am stärksten zu, wobei sowohl rechte und berufsständische Gruppierungen gewannen als auch in einigen Fällen progressive Kräfte ihre Position erweitern konnten. Rechte Angestelltenlisten („freie“ Listen, DAG usw.) gewannen da an Boden, wo sie Vorbehalte gegen die 35-Stunden-Woche-Forderung zusammen mit der Reaktivierung berufsständischer Angestellten-Ideologie aufgriffen.

Zahlreiche rechte Separatlisten (DAG, „Freie“/„Unabhängige“, aber auch gewerkschaftlich tolerierte CDA-Listen) werden von CDU-Kräften dominiert, die ihre Positionen insbesondere unter den Angestellten ausbauen konnten. Feste Bastionen solcher Listen sind in der Elektro-, EDV- und Luftfahrtindustrie wie in der Chemieindustrie zu registrieren, die einen neuen Belegschaftstypus mit Angestelltenmehrheit und hohem Anteil der wissenschaftlich-technischen Intelligenz bei meist niedrigem gewerkschaftlichem Organisationsgrad repräsentieren. In diesen Betrieben sind häufig progressive Gegenpole sichtbar, die ihre Basis vor allem unter jüngeren Angestellten besitzen, die politisch mit grün-alternativen und linken Positionen sympathisieren.

Neue politische Formierungselemente

Thematischer Bezugs- und Sammelpunkt solcher aktiven Kräfte im Angestelltenbereich, insbesondere innerhalb des neuen Belegschaftstypus, sind in

erster Linie Probleme der neuen Technologien. Dazu gehören die Einführung neuer EDV-Systeme, von Personalinformationssystemen wie Fragen der alternativen Produktion (Konversion).²⁴ In der Regel bestehen Kooperationszusammenhänge mit Wissenschaftlern außerhalb des Betriebes; Ingenieure sind meist Träger dieser Gruppen. Sammelpunkte dieser Art können sowohl überbetriebliche wie betriebsbezogene gewerkschaftliche Arbeitskreise zu neuen Technologien oder zu Konversionsfragen bilden. In manchen Fällen entwickeln sich aus den betrieblichen Auseinandersetzungen heraus feste Gruppen, die eigene Zeitungen herausgeben (bei T & N Frankfurt eine Betriebszeitung „Kontrast“) und sogar zur eigenen Listenbildung gedrängt werden (bei VDO Schwalbach 6 Sitze gegen eine CDA-dominierte Liste mit 9 Sitzen; bei MBB Bremen hat eine linke „Liste Aktive Metaller“ 6 Sitze von insgesamt 27).

Als neue und dynamische Elemente in der Entwicklung betrieblicher Kräfteverhältnisse erwiesen sich verschiedene Formen von Bündnis- und Kooperationsformationen der aktiven und linken Kerne auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene. Über sie konnten politische Impulse der außerbetrieblichen Massenbewegungen und des gewachsenen Oppositionspotentials in den betrieblichen Raum vermittelt werden. Insbesondere die betrieblichen Friedensinitiativen konnten als „legitime Sammelpunkte der oppositionellen und politisch entwickelten Kräfte“ fungieren.²⁵

Festere Bündnisbeziehungen der verschiedenen linken Strömungen im betrieblichen Bereich, die sich in Hamburg während des HDW-Kampfes herausgebildet hatten,²⁶ entwickelten sich in Bremen in Gestalt einer Wahlbündnisbewegung („Betrieblich Alternatives Bündnis“). Diese Zusammenarbeit, die nach den Wahlen vom September 1983 fortgesetzt wurde, mußte sich bei den Betriebsratswahlen 1984 gegen einen starken Druck rechter sozialdemokratischer Kräfte bewähren. Obwohl die Betriebsratswahlen in Bremen deshalb durch eine starke Polarisierung geprägt waren, konnten im wesentlichen die kämpferischen Positionen verteidigt (Klößner-Hütte) und z. T. ausgebaut werden (MBB, Seebeck-Werft und andere).²⁷

Überbetriebliche Kooperationsformen entwickelten sich als Reaktion auf neue Kampfanforderungen und aus Orientierungs- und Organisationsdefiziten der Gewerkschaften auf informeller Ebene insbesondere in den Krisenbranchen. In der Werftindustrie trafen sich 1983 die linken und aktiven Kräfte, darunter mehrere Betriebsratsvorsitzende, um gegen den staatlichen Sanierungskurs gemeinsame Schritte abzustimmen. In der Stahlindustrie entwickelte sich eine festere Form der gegenseitigen Information und Zusammenarbeit der Vertrauenskörperleitungen fast aller Stahlkonzerne („Sulzbacher Kreis“), die eine wesentliche Kraft bei der Überwindung betriebs- oder standortego-

24 Vgl. hierzu E. Hildebrandt/W. Neef, Anfänge kritischer Organisation von Ingenieuren, Technikern und Naturwissenschaftlern, in: R. Duhm/E. Hildebrandt/U. Mückenberger/E. Schmidt (Hg.), Wachstum alternativ. Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1983/84, Westberlin 1983, S. 79 ff. Vgl. auch den Beitrag von Hellmuth Lange in diesem IMSF-Jahrbuch.

25 Vgl. hierzu ausführlich den Beitrag von Peter Müller in diesem Band.

26 Vgl. hierzu den Beitrag von Fritz Fiehler/Holger Geißelbrecht in diesem Band.

27 Vgl. hierzu den Beitrag von J. Burger, M. Nacken und P. Sörgel in diesem Band.

istischer Spaltungen und der politischen Verallgemeinerung der Bewegung in der Diskussion über die Vergesellschaftungsforderung war.²⁸ In diesem Prozeß spielte die Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Wissenschaftlern (z. B. der „Memorandum-Gruppe“ sowie der Zeitschrift „revier“) eine wichtige Rolle.

Bei den Betriebsratswahlen erweiterte sich der Einfluß der aktiven Kräfte dieser Kooperation (vor allem in den Hoesch-Werken Dortmund, Krupp Rheinhausen, Klöckner-Hütte usw.). Die Verarbeitung der Erfahrungen der Stahlkrise, der übergreifenden Aktionen und der politischen Diskussionen hat offensichtlich einen progressiven Schub ausgelöst, der seine Auswirkungen bis in die SPD hinein besitzt.

Größere tarifliche Arbeitskämpfe fanden in dem zurückliegenden Zeitraum nicht statt.²⁹ Die amtliche Statistik weist für die letzten Jahre ein niedriges Niveau an Streikbeteiligung aus (1982: 40 000, 1983: 94 000).³⁰ Erfasst man jedoch die gesamte betriebliche Klassenkampfrealität einschließlich der Warnstreiks, der Betriebsbesetzungen und ähnlicher Aktionen, so hat insbesondere der Widerstand gegen Arbeitsplatzvernichtung 1983 ein beachtliches Niveau erreicht. Dazu sind die bisher höchste jährliche Anzahl an Betriebsbesetzungen (1983: 16, 1982: 10, 1981: 6) ebenso wie Demonstrationen und Kundgebungen mit ca. einer halben Million Teilnehmern, darunter 130 000 Stahl- und Werftarbeiter Ende September 1983 in Bonn, zu zählen. Beachtet werden müssen ebenfalls die zahlreichen politischen Demonstrationstreiks und andere betriebliche Aktionen gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen im Herbst 1983.

Die betrieblichen Aktionen blieben vielfach erfolglos und isoliert – auch aufgrund fehlender gewerkschaftlicher Unterstützung und Koordination des Widerstandes. Richtet man den Blick jedoch nur auf die Anpassungstendenzen im Betrieb und das noch heterogene Niveau der betrieblichen Kämpfe in der zurückliegenden Periode, dann bleiben die realen Ansatzpunkte eines Umschlags der Gegenwehr in eine breite Bewegung unterbelichtet. Erfolgreiche größere Streikkämpfe unter den gegebenen Krisenbedingungen erscheinen so – und dies war wohl die Annahme des Kapitals – als völlig unrealistisch. Eine Bündelung der sichtbaren Gegenwehr erschien allerdings in dem Maße realistisch, wie die Gewerkschaften eine vereinheitlichende Strategie der Krisenbekämpfung entwickelten. Eine solche Initiative, dies zeigten schon die Diskussionen über Arbeitskampfstrategien auf den Gewerkschaftstagen des Jahres 1983, konnte am ehesten im Kampf um die Arbeitszeitverkürzung entwickelt werden.

28 Nicht gewünscht und nicht verboten: IGM-Vorstand nimmt Stellung zum „Sulzbacher Kreis“, in: revier Nr. 1/1984, S. 5. Wichtige Repräsentanten dieses Kreises sind Herausgeber und Autoren des folgenden Buches: W. Gruber/P. Sörgel (Hg.), Stahl ohne Zukunft? Der Überlebenskampf in den Revieren, Hamburg 1984.

29 Vgl. zur Entwicklung 1983 den Beitrag von I. Kurz-Scherf, Tarifpolitik und Arbeitskämpfe, in: M. Kittner (Hrsg.), Gewerkschaftsjahrbuch 1984, Köln 1984, S. 69–123.

30 Vgl. Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Nr. 5/1984 (Mai), S. 692.

3.2 Kampf um 35 Stunden als Kern einer gewerkschaftlichen Antikrisenstrategie

Die beschäftigungspolitische Akzentuierung der Arbeitszeitverkürzungsforderung seit Ende der 70er Jahre (Gewerkschaftstage der IG Metall und IG Druck und Papier 1977) markiert einen Wendepunkt in der gewerkschaftlichen Debatte:³¹ Arbeitszeitverkürzungen werden nunmehr gefordert als Kern einer breiter angelegten Strategie der Krisenüberwindung, die auf der staatlichen Ebene „qualitatives Wirtschaftswachstum“, eine antizyklische Haushaltspolitik und Beschäftigungsprogramme verlangt, während sie die flankierende Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit durch die gewerkschaftliche Tarifpolitik anstrebt. Durch gezielte Arbeitszeitverkürzung sollen der Verwertungslogik des Kapitals Schranken gesetzt werden, indem in einem elementaren Steuerungsbereich der Profitproduktion, der ungehinderten Zufuhr und Freisetzung von Arbeitskraft, eingegriffen wird. Diese Konzeption mußte allerdings einen entschiedenen Widerstand der Unternehmer und ihrer Verbände einkalkulieren. Die Forderung nach Wochenarbeitszeitverkürzung sprengte, so argwöhnte die FAZ, „den bisher üblichen Rahmen von Tarifverhandlungen... und (greife) in die Wertordnung der Industriegesellschaft“ ein.³² Bereits in der Stahltarifrunde 1978/79,³³ in der die IG Metall die Wochenarbeitszeitverkürzung durchsetzen wollte, hatte sich gezeigt, daß es trotz eines sechswöchigen Streiks nicht möglich war, das 40-Stunden-Tabu des Kapitals zu brechen.

Aus dem damaligen Scheitern wurden in den Gewerkschaften unterschiedliche Schlüsse gezogen. In einigen Gewerkschaften wurden als tarifpolitische Alternativen zu einer allgemeinen Wochenarbeitszeitverkürzung gruppenspezifische Regelungen gesehen, die sich zur Forderung nach einer „Tarifrente“ oder später nach einer gesetzlichen „Vorruhestandsregelung“ für ältere Beschäftigte in den Konzepten vor allem der IG Chemie und der NGG verdichteten und die man kampfflos durchzusetzen können glaubte. Die IG Metall, in der eine Mehrheit nach dem Stahlstreik diesen Weg zunächst auch gehen wollte, entschied sich ab 1982 endgültig für die Forderung nach der 35-Stunden-Woche als strategisches Konzept. Die IG Druck und Papier hatte sich auf diese Forderung bereits seit einiger Zeit festgelegt.

Mit der Zeit kristallisierte sich innerhalb des DGB eine „Blockbildung“ heraus, bei der die Verfechter der 35-Stunden-Forderung, zu der sich später die Gewerkschaft Holz und Kunststoff, die Gewerkschaft HBV, die Deutsche Postgewerkschaft, die GdED, die GEW und schließlich auch die ÖTV gesellten, den die Vorruhestandsregelung favorisierenden und eher sozialpartnerschaftlich orientierten Gewerkschaften Textil-Bekleidung, NGG, Chemie, Bergbau und Bau-Steine-Erden gegenüberstanden. Obwohl der DGB mehr-

31 Vgl. Gert Hautsch, a.a.O., S. 148 ff.

32 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. Dezember 1983.

33 Siehe dazu Gert Hautsch/Bernd Semmler, Stahlstreik und Tarifrunde 78/79, Frankfurt 1979 (Soziale Bewegungen, Heft 7).

fach betont hatte, 1984 die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche zur „zentrale(n) Aufgabe der Mitgliedsgewerkschaften des DGB“³⁴ zu machen, verfolgten diese Gewerkschaften in Verhandlungen mit Bundesarbeitsminister und Unternehmerverbänden ihre Politik weiter, ein „akzeptables“ Vorruhestandsgesetz durch den Bundestag verabschieden zu lassen, und torpedierten damit die Vorbereitungen des Kampfes um die 35-Stunden-Woche, weil sie erheblich zur Verunsicherung der Gewerkschaftsmitglieder beitrugen.

3.3 Mobilisierung und Urabstimmungen

Hatten die Gewerkschaftstage der IG Druck und Papier sowie der IG Metall den haupt- und ehrenamtlichen Funktionärskörper dieser Gewerkschaften konzeptionell und inhaltlich auf die kommenden Auseinandersetzungen einstimmen können,³⁵ so blieb doch unübersehbar, daß unter den Beschäftigten selbst die Forderung nach der 35-Stunden-Woche noch nicht in dem Maß verankert war, daß den Urabstimmungen beruhigt entgegengesehen werden konnte. Für die relativ schlechte Stimmung in den Betrieben konnte keineswegs allein nur die „konzentrierte Kampagne von Kapital und Kabinett“ gegen die 35-Stunden-Forderung verantwortlich gemacht werden.³⁶ Beachtet werden müssen auch die erheblichen gewerkschaftlichen Mobilisierungsdefizite, die sich während der Betriebsratswahlen im Frühjahr 1984 noch deutlich gezeigt hatten.

Dabei muß durchaus in Rechnung gestellt werden, daß noch niemals zuvor von der IG Metall wie von der IG Druck und Papier eine Tarifbewegung so gründlich vorbereitet worden war. Im Vorfeld war eine wissenschaftliche Konferenz im Sommer 1983 veranstaltet worden, um zur konservativen Propaganda der wirtschaftswissenschaftlichen Institute ein Gegengewicht zu setzen.³⁷ Dazu zählt auch eine breite Vielfalt von Kulturveranstaltungen, die vom DGB koordiniert worden waren. Die seit dem Herbst 1983 in immer kürzeren Abständen gezielt publizierten Ergebnisse demoskopischer Untersuchungen zeigten jedoch, wie groß die Unsicherheit unter den Beschäftigten hinsichtlich des erwarteten konkreten Nutzens verkürzter Wochenarbeitszeiten noch war und in welchem Umfang es dem Kapital im Verein mit fast allen Medien gelungen war, ihre Gegenpropaganda in der Öffentlichkeit gegen die gewerkschaftliche Argumentation zu setzen.

Selbst innerhalb der aktiven betrieblichen Kerne war noch Skepsis verbreitet, ob der Kampf um 35 Stunden überhaupt erfolgreich zu bestehen sein wür-

34 DGB-Bundesvorstand, Empfehlung vom 7. Juni 1983, abgedruckt in: DGB-Bundesvorstand, Abt. Tarifpolitik, Tarifbericht, Extra II/1984 vom 31. Januar 1984.

35 Vgl. Werner Petschick, Zu den fünf Gewerkschaftstagen 1983, in: Gewerkschaftsbeschlüsse 1983. Eine Auswahl von fünf Gewerkschaftstagen, Frankfurt 1984, S. 8 ff.

36 So der Leiter der Tarifabteilung der IG Metall, Klaus Lang, in einem Interview mit der „Tagesschau“ vom 31. März 1984, S. 9.

37 Vgl. Hans Mayr/Hans Janßen (Hrsg.), Perspektiven der Arbeitszeitverkürzung, Köln 1984.

de. Die gewerkschaftliche Strategie hatte, wollte sie Mobilisierungsdefizite erfolgreich abbauen, so „dicht“ wie irgend möglich an den Vorbehalten und Krisen- und Arbeitsplatzängsten der Beschäftigten anzuknüpfen. Dies geschah einmal über eine umfassende Aufklärung über beschäftigungspolitische Möglichkeiten, Kosten, Finanzierbarkeit der 35-Stunden-Woche sowie Möglichkeiten der Gegenwehr gegen negative Begleiterscheinungen einer Wochen-AZV (z. B. Intensivierungsdruck, Rationalisierungsschübe usw.). Dabei hat sich die Nichtaufnahme von Begleitforderungen zur Begrenzung der Leistungsintensivierung in das Forderungspaket der IG Metall, im Gegensatz zur Tarifforderung der IG Druck und Papier, eher hinderlich ausgewirkt. Zum anderen wurden betriebsbezogene Mobilisierungsmöglichkeiten genutzt, indem – wie in der vor allem im IG-Metall-Bezirk Stuttgart durchgeführten Aktion „Unternehmer auf dem Prüfstand“ – auf der Ebene der einzelnen Betriebe nachgewiesen wurde, was eine Wochenarbeitszeitverkürzung für die Belegschaften konkret bringen könnte. Eng damit verbunden wurde die Mobilisierung individueller Betroffenheit, z. B. durch betriebliche Umfragen („Was bringt die 35-Stunden-Woche mir persönlich?“ – „Was könnte ich mit einer Stunde arbeitsfreier Zeit pro Tag mehr anfangen?“).

Einen besonderen Stellenwert gewannen in der letzten Phase der Appell an die solidarische Geschlossenheit und das Eintreten für „seine“ Gewerkschaft sowie die Verdeutlichung der gesellschaftspolitischen Dimension des Kampfes. Eine Mobilisierungstriebkraft besonders bei den gewerkschaftlichen Kernen bildete das Motiv, den Kampf um die 35-Stunden-Woche als eine Art „Generalabrechnung“ der erlittenen Krisenverluste zu verstehen und der durch Korruptions- u. a. Affären geschüttelten Wenderegierung ihre eindeutige Parteinahme für das Kapital „heimzuzahlen“.

Die Betonung der gesellschaftspolitischen Aspekte des Kampfes um Arbeitszeitverkürzung verlangte allerdings eine hochgradige Politisierung der Akteure, und sie setzte voraus, daß von Beginn an dieser Kampf als umfassende „soziale Bewegung“³⁸ angelegt sein mußte. Diese Strategie der Mobilisierung bis hin zu den Urabstimmungen knüpfte also an das in der Arbeiterklasse vorherrschende sozialpsychologische Klima an. Ihre betriebliche Umsetzung gelang besonders gut dort, wo bereits in den vergangenen Jahren entweder gestreikt oder betriebliche Kader in größerem Umfang in die Tarifbewegungen begleitende und stützende Aktivitäten einbezogen worden waren.

Im Frühjahr 1984 konnten binnen weniger Wochen erstaunliche Mobilisierungserfolge erreicht werden: In der Metallindustrie Nordwürttembergs/Nordbadens beteiligten sich vom 9. März bis zum 4. Mai mehr als 800 000 Beschäftigte aus 2530 Betrieben an Warnstreiks, wobei die Schwerpunkte in den Bezirken Stuttgart, der das mit Abstand höchste Aktivitätsniveau aufwies, Hannover, Essen, Frankfurt und München lagen. Die Urabstimmungen in Nordwürttemberg/Nordbaden (80,11%) und Hessen (80,77%) lagen dann auch deutlich über dem notwendigen Quorum von 75%. In der Druckindustrie begannen die Warnstreiks etwa zeitgleich mit der Metallindustrie (14.

38 Hans Janßen, Eine soziale Bewegung ist notwendig, in: *Der Gewerkschafter* 12/1983, S. 58 f.

März) und wurden bis zum 12. April, dem Beginn der Urabstimmung, mit ca. 400 Aktionen von etwa 30 000 Beschäftigten getragen. Die Urabstimmung in der Druckindustrie wurde schrittweise über zweieinhalb Monate (bis Anfang Juli) in 440 Betrieben bei ca. 39 000 Beschäftigten durchgeführt. Diese Art der „rollenden“ Urabstimmung hat nicht unwesentlich zur Mobilisierung für die Wechselstreikaktionen beigetragen. (83,5 Prozent der beteiligten Arbeiter und 76,4 Prozent der teilnehmenden Angestellten sprachen sich für Streik aus).

Warnstreikbeteiligung und Urabstimmungsergebnisse widerlegten das durch die Ergebnisse der Demoskopie gezeichnete Stimmungsbild³⁹ und ließen erkennen, welche gewerkschaftliche Kampfkraft mobilisierbar ist, wenn die Notwendigkeit geschlossenen Klassenhandelns in einer Situation hochgradiger Polarisierung eindringlich verdeutlicht wird.

Nicht nur die Unternehmerverbände dürften von dem so eindeutigen Ausgang der Urabstimmungen überrascht worden sein. Gerade sie sahen sich jedoch veranlaßt, etwa die Urabstimmungstaktik der IG Druck und Papier zu verunglimpfen. Ein Kommentator der FAZ ging sogar so weit, die etwa zur gleichen Zeit stattgefundenen Urabstimmungen, die selbstorganisierte Volksbefragung zur Raketenstationierung und die Europawahlen (bei denen die FDP die 5%-Marke nicht erreichte) allesamt wegen der jeweils mißliebigen Ergebnisse über einen Kamm zu scheren und als „Pseudowahlen“ zu verdammern.⁴⁰ Auch an dieser wütenden Reaktion läßt sich ablesen, wie hart die Urabstimmungsergebnisse das Kapital getroffen haben müssen. Mit einigem Recht können sie daher als wichtige Erfolge einer klassenautonomen Gewerkschaftspolitik der letzten Jahre, als Sieg der Gewerkschaften über die ideologischen Apparate des SMK, als Erfolg der Klassenloyalität über die von Kapital und Regierung geförderten Segmentierungs- und Entsolidarisierungstendenzen innerhalb der Arbeiterklasse gewertet werden.

4. Der Arbeitskampf in der Druck- und Metallindustrie

4.1 Überblick

Der Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche sprengte in mehrerer Hinsicht bisherige Maßstäbe: Er war mit über 13 Wochen Dauer der längste Streik in der Druckindustrie und mit 6 bis 7 Wochen einer der längsten in der Metallindustrie der Nachkriegszeit. Überdies streikte die IG Metall erstmals parallel in zwei Tarifbezirken, darunter seit 1951 erstmals wieder in Hessen. Neu ist auch die Dimension der bundesweiten Solidaritätsaktionen anderer

39 Solche Umfragen sind von einer relativen Ferne zum Geschehen geprägt, ganz im Gegensatz zu Urabstimmungen, die im betrieblichen Milieu unter einem gewissen Meinungsdruck bei einem engen Kreis von Beschäftigten, den Gewerkschaftsmitgliedern, abgehalten werden und insofern ein Element in einem *dynamischen Meinungsbildungsprozeß* darstellen. Die Situation des „Hic rhodos, hic salta!“, die zur klaren Entscheidung zwingt, wird natürlich andere Ergebnisse bringen als eine viel unverbindlichere Meinungsumfrage auf der Straße.

40 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. Juli 1984, S. 1.

DGB-Gewerkschaften, vor allem der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes und der HBV. Den Höhepunkt bildete der „Marsch auf Bonn“ am 28. Mai gegen den „Franke-Erlaß“ mit etwa 250 000 Beteiligten.

Die IG Druck und Papier führte den Arbeitskampf in der Form von Wechselstreiks, an denen gleichzeitig bis zu 20 000 und vom 12. April bis zum 7. Juli insgesamt 46 000 Mitglieder einbezogen waren, also die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder in der Druckindustrie. In der Metallindustrie streikten von Mitte Mai bis Anfang Juli in beiden Bezirken bis zu 58 000; gleichzeitig waren 155 000 ausgesperrt und 310 000 von der kalten Aussperrung (durch Produktionsstilllegung) betroffen.

Auch wenn es in der bundesdeutschen Arbeitskampfgeschichte noch längere Streiks (Metallerstreik in Schleswig-Holstein über 16 Wochen 1956/57) gegeben hat oder die Zahl der Beteiligten durch Streik und Aussperrung ähnlich hoch war (Metallerstreik 1963 und 1971: jeweils ca. 350 000; Drucker- und Metallerstreik 1978: 370 000), ist das Gesamtpotential der in diesem Arbeitskampf Aktivierten weitaus größer. Der Konflikt der Klassen gewann nicht nur stellvertretend, sondern in Ansätzen real eine nationale Dimension, so daß zu Recht von einer der „größten gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen in der Geschichte der Bundesrepublik“ (*Steinkühler*) gesprochen werden kann. Nicht nur der Blick in die Geschichte, sondern auch in das westeuropäische Ausland verweist auf die außerordentlich komplizierten Ausgangsbedingungen, angesichts derer Länge, Geschlossenheit und Stabilität der Streikfront beachtlich sind. Dies gilt vor allem unter Berücksichtigung der Härte, mit der die Kapitalverbände mit Unterstützung und Ermunterung durch die Rechtsregierung den Kampf führten, in dessen Verlauf ein für bundesdeutsche Verhältnisse neues Ausmaß an Terroranschlägen auf Streikende, Polizeieinsätzen und antigewerkschaftlicher Medienhetze zu registrieren war.

4.2 Kapitalstrategie und Streikinitiative der Gewerkschaften

Die harte Konfrontationslinie der Kapitalverbände beruhte auf der Einschätzung, daß die soziale und politische Situation günstig sei, um eine durchgreifende Neuordnung der gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse durchzusetzen. Die strategische Zielsetzung lag in erster Linie in der Disziplinierung und Schwächung der Gewerkschaften, denen mit der Festschreibung des 40-Wochenstunden-Tabus eine offene Niederlage beigebracht werden sollte. Es ist durchaus kein Widerspruch, sondern eing geplantes Strategieelement des Kapitals, dabei gleichzeitig mit den stärker sozialpartnerschaftlich orientierten Gewerkschaften über „Alternativen“ zur Wochenarbeitszeitverkürzung (Vorruhestandsregelungen) zu verhandeln, während die Forderungen von IG Druck und Papier und IG Metall bis in die letzte Streikphase als „nicht verhandelbar“ abgelehnt wurden. In der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche ist dem Monopolkapital eine Mobilisierung der eigenen Gesamtklasse sowie bis zu den selbständigen gewerblichen Mittelschichten hin gelungen.

Die Arbeitskampftaktik von IG Metall und IG Druck und Papier sollte bei aller Unterschiedlichkeit im Detail übereinstimmend darauf angelegt sein, kräfte- und finanzschonend einen möglichst großen ökonomischen Druck zu erzeugen, die gesamte Mitgliedschaft wie die Öffentlichkeit zu aktivieren und die Streikbewegung zu politisieren.⁴¹ In dieses Konzept eines flexiblen wie aktiven Streiks, das an die Erfahrungen der „Neuen Beweglichkeit“ anknüpfte, gingen ebenfalls Aktionselemente der neuen sozialen Bewegungen und der Friedensbewegung mit ein. Angestrebt war die Aufhebung der Trennung von Akteuren und Zuschauern, was allerdings manchmal an mangelnder Erfahrung und Vorbereitung, zum Teil aber auch am Boykott sozialpartnerschaftlicher Funktionäre scheiterte.

Beide Streikkonzepte reflektieren in jeweils unterschiedlicher Weise das hohe Produktivkraft- und Vergesellschaftungsniveau, das in dem einen Fall in der Verminderung der Rolle der lebendigen Arbeit besteht und in dem anderen Fall den Produktions- und Reproduktionsprozeß störanfälliger macht. Die IG Druck und Papier mußte aufgrund neuer Satztechniken damit rechnen, daß Facharbeiter vorübergehend durch Streikbrecher ersetzt werden konnten, und jeweils für den Produktionsablauf zentrale Betriebsteile bzw. Produktionsstufen mit Streikaktionen treffen. Die IG Metall konnte die große Fertigungstiefe und Verflechtung der Automobilbranche in ihrer Taktik nutzen. „In der Druck- wie in der Metallindustrie wurde also der Streikhebel jeweils am archimedischen Punkt der branchentypischen Arbeitsteilung angesetzt.“⁴² Mit der neuen Streiktaktik wurde auch auf die ernsthafte Bedrohung durch die rechtlich zugelassene, wenngleich durch das BAG-Urteil von 1980 mit der Verhältnismäßigkeitsklausel begrenzte Aussperrungswaffe der Unternehmer reagiert, für deren Anwendung die Schwellen erhöht werden sollten.⁴³

Allerdings entsprachen Kooperation und Abstimmung zwischen den Führungen der beiden Gewerkschaften vor und während des Arbeitskampfes in keiner Weise den Anforderungen, obwohl gerade von der IG Druck und Papier schon im April durch erfolgreiche Urabstimmungen und erste Streiks die Arbeitskampfvoraussetzungen auch für die IG Metall, in der noch Verunsicherung und interne Spannungen bestanden, verbessert wurden.

Die IG Druck und Papier reagierte mit ihrer systematisch vorbereiteten und in den aktiven Belegschaftskernen verankerten „flexiblen Kampftaktik“ der unberechenbar bleibenden Wechselstreiks auf die in früheren Kämpfen sichtbar gewordene eingeschränkte Wirksamkeit des traditionellen Streikmodells (unbefristeter Schwerpunkt- oder Vollstreik): Angesichts der neuen Satz- und

41 Zur Entwicklung der Arbeitskempfkonzeptionen vgl. Klaus Lang, Arbeitskempfform im Wandel der Tarifpolitik, in: WSI-Mitteilungen 9/1982, S. 543 ff.; IG Druck und Papier-Hauptvorstand, Koordinierung der tarif- und gewerkschaftspolitischen Aufgaben sowie der gewerkschaftlichen Betriebsarbeit mit der gewerkschaftlichen Tarifpolitik, Stuttgart o. J. (1984); Manfred Balder, Betriebliche Durchsetzungsstrategien, in: L. Mahlein u. a. (Hrsg.), Tarifpolitik unter Krisenbedingungen, Frankfurt 1984, S. 97 ff.

42 BDA (Hrsg.), Kurz-Nachrichten-Dienst Nr. 56, Köln 31. 7. 1984.

43 Vgl. zur Rechtsprechung Manfred H. Bobke, Streik und Aussperrung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1984, S. 565 ff.; ders., „Waffengleichheit“ im Metallarbeitskampf?, in: ebenda 7/1984, S. 772-774.

Drucktechnik ist die Produktion von Zeitungen und Zeitschriften nicht immer, in manchen Fällen nur ihre Auslieferung durch Blockaden zu verhindern. Zwar wird auch bei Erscheinen der Zeitungen die Produktion erheblich anfälliger und vor allem teurer, entscheidender wird jedoch der politische Druck, der durch die massenhafte Infragestellung sozialpartnerschaftlicher Verhältnisse mit einer Vielfalt von Aktionen erreicht werden kann.

Eine Bilanz des „Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger“ zeigt, daß zwar 80 Millionen Exemplare von Tages- und Wochenzeitungen nicht erscheinen konnten, jedoch in 15 Prozent der bestreikten Zeitungshäuser die Blätter nahezu komplett, in 65 Prozent der Fälle reduziert oder als Notausgaben und nur in 20 Prozent gar nicht oder außerordentlich eingeschränkt erscheinen konnten.⁴⁴ Dennoch wirkte auch der ökonomische Druck, der während der 13 Wochen ständig auf wechselnde Teile des Unternehmerlagers konzentriert wurde und damit Spannungen im Unternehmervverband verstärkte. Als ein Ergebnis der Streiktaktik und in Einschätzung des politischen Risikos, das sich angesichts zu erwartender Betriebsbesetzungen und anderer vorbereiteter Aktionen ergeben hätte, war in der Druckindustrie eine Aussperrung diesmal nicht durchsetzbar.

Die IG Metall nutzte in der ersten Streikphase den Tatbestand, daß mit der Entwicklung EDV-gesteuerter Zulieferung und eingeschränkter Lagerhaltung (Kanban-System) die Logistik der Automobilindustrie mit geringem Einsatz wirkungsvoll beeinträchtigt werden kann.⁴⁵ Die IG Metall begann den Arbeitskampf am 14. Mai mit dem Streik von 12 000 Arbeitern in 14 Betrieben der Zulieferindustrie der großen Automobilkonzerne. Abweichend von dieser „Strategie der Nadelstiche“ in Nordwürttemberg/Nordbaden wurde der Arbeitskampf eine Woche später ab dem 21. Mai mit einem traditionellen Schwerpunkstreik in neun hessischen Betrieben mit 33 000 Beteiligten ausgeweitet. Das hessische Streikkonzept zielte mit seinen gleichmäßig verteilten regionalen Schwerpunkten (Frankfurt, Rüsselsheim, Darmstadt, Hanau und Kassel) auf eine möglichst breite Einbeziehung der gesamten Organisation und sollte damit stärker die gesellschaftspolitische Dimension des Arbeitskampfes zum Tragen bringen. Eine Abstimmung der beiden unterschiedlichen bezirklichen Streikkonzepte, ebenso wie ein für die gesamte Bundesrepublik vorliegender Mobilisierungsplan, der über Solidaritätsstreiks gegen die Aussperrung hinaus rollende Warnstreiks ähnlich wie in der Tarifbewegung 1981 („Neue Beweglichkeit“) vorgesehen hätte, waren nicht erkennbar.

Die kostensparend und auf einen längeren Kampf hin kalkulierte „Strategie der Nadelstiche“ zeigte sehr schnell ökonomische Wirkungen in der Automobilindustrie, erforderte allerdings auch ergänzende Handlungskonzepte für alle im Bundesgebiet nur mittelbar vom Arbeitskampf Betroffenen. Es zeigte sich, daß die Dynamik und Eskalation des Arbeitskampfes recht bald von der heißen und kalten Aussperrung durch die Unternehmer bestimmt wurde. Ins-

44 Vgl. „Die Drucker bleiben am Drücker“, Die Zeit Nr. 30, 20. 7. 1984, S. 9/10; „Druckerstreik: Sieg der Technik“, Die Wirtschaftswoche Nr. 29, 13. 7. 1984; FAZ v. 9. 7. 1984.

45 „Der Metallstreik und die Logistik: Anfälliges System“, Handelsblatt v. 16. 5. 1984.

besondere die kalte Aussperrung, d. h. die durch knappe Lagerhaltung vor allem von Daimler-Benz und BMW bewußt rasch herbeigeführte Produktionseinstellung, wurde zur schärfsten Waffe des Kapitals, da sie darauf zielte, die Moral der Streikfront zu brechen und Entsolidarisierungsprozesse in den Reihen der Gewerkschaft herbeizuführen. Diese Wirkung drohte, weil auf Anordnung des Bonner Kabinetts die Bundesanstalt für Arbeit die bis dahin übliche Zahlung von Kurzarbeitergeld für kalt Ausgesperrte verweigert hatte.⁴⁶ Zugleich wurde damit der Konflikt bundesweit verallgemeinert und mit einer Stoßrichtung gegen die „Koalition von Kabinett und Kapital“ auch politisiert. Dennoch gab es von der IG Metall keine ausreichenden Handlungsorientierungen für diese Situation. Auch wenn der von den Unternehmern mit der Ausweitung der kalten Aussperrung auf 310 000 Betroffene kalkulierte „Sturm auf die Gewerkschaftshäuser“ nicht stattfand, wurden nach dem „Marsch auf Bonn“ und zahlreichen örtlichen Protestaktionen Grenzen der Mobilisierung sichtbar.

Auf die in zwei Wellen erfolgte „heiße“ Aussperrung reagierten die Gewerkschaft und viele Belegschaften mit einer neuen Qualität an Aktionen. Nachdem Ende Mai die Besetzung eines kalt ausgesperrten Betriebes – der Firma Filter-Knecht in Baden-Württemberg – bundesweites Aufsehen erregt hatte und von der Bezirksleitung der IG Metall offensiv propagiert wurde, häuften sich nach der zweiten Aussperrungswelle neue Aktionsformen: Die Ausgesperrten boten in vielen Fällen im Betrieb ihre Arbeitskraft an und führten „Betriebsbesichtigungen“ durch – ein Schritt des Heranführens an Besetzungen. Nach einer weiteren Betriebsbesetzung bei Werner & Pfleiderer in Dinkelsbühl wurde dort die Aussperrung wieder aufgehoben. Daß diese Aktionen als politischer Druck auf das Unternehmerlager wirkten, wird erkennbar in der Begrenzung der Aussperrungsmaßnahmen auf Großbetriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten, im Ausscheren einzelner Betriebe aus der Front und in der Rücknahme der Drohung mit Angriffsaussperrungen in Bayern.

Dennoch wurden Besetzungen nicht zur massenhaft militanten Aktion, was in erster Linie daran liegt, daß selbst beim Kern der Arbeiterklasse noch eine legalistische Ideologie tief verwurzelt ist.⁴⁷ Durch die vielerorts aufgeladene und durch zahlreiche Gewaltakte der Gegenseite emotionalisierte Situation an der Streikfront sahen offensichtlich auch Teile der Kämpfenden das Überschreiten des rechtlichen Rahmens als provokatorischen Akt an, der aus ihrer Sicht der Unternehmerpropaganda entgegengekommen wäre. Die durch die Arbeitsgerichtsbarkeit in Eilverfahren bundesweit verfügten „Gassen“ vor

46 Zur bisherigen Praxis in den Arbeitskämpfen 1971 und 1978, in denen die BA Kurzarbeitergeld gezahlt hatte, vgl. „Der Streit begann schon 1971“, Frankfurter Rundschau 28. 5. 1984.

47 Hierin liegt eine wesentliche Ursache für die noch geringe Praktizierung von Besetzungen, nicht jedoch im „abwiegenden Verhalten“ der Gewerkschaftsleitungen (so etwa behauptet in „konkret“ Heft 7/1984, S. 50). Die Bezirksleitung der IGM Stuttgart hatte zu jedem Zeitpunkt auf solche offensiven Aktionsformen orientiert (vgl. Streik-Nachrichten Nr. 40, 51, 52, 53, 54 und 60). Eine andere Meinung brachte allerdings H. Mayr (Vorsitzender der IGM) nach dem Streik zum Ausdruck (vgl. Frankfurter Rundschau 6. 7. 1984). In der IG Druck und Papier sind Besetzungen als ein Mittel im Kampf gegen Aussperrung diskutiert und beschlossen worden (vgl. IG Druck und Papier – Hauptvorstand, Koordination..., a.a.O.).

den Betriebstoren hatten zudem den Medien eine gegen die Gewerkschaften gerichtete „Gewaltdiskussion“ erleichtert.

Grenzen der Politisierung wurden auch in der Einbeziehung der Bevölkerung in die passive und aktive Solidarität sichtbar. Es kam zwar zu den umfangreichsten Solidaritätsstreiks und Kundgebungen, die in der Nachkriegszeit einen Arbeitskampf begleitet hatten. Sie waren aber nicht dynamisch genug, um ernsthafte Spaltungen und Brüche im Unternehmerlager hervorzurufen. Die Rücknahme der vom DGB als Antwort auf die Aussperrung angekündigten bundesweiten Solidaritätsstreiks sowie die nur verhaltene Mobilisierung zu Solidaritätskundgebungen anlässlich der zweiten Aussperrungswelle verstärkten dann ab der zweiten Junihälfte die Linie der Deeskalation.

4.3 Soziale und politische Träger des Arbeitskampfes und neue Streikkultur

Große Konzernbetriebe wurden in unterschiedlicher Weise zum Kampffeld. Sie wurden einmal wie Daimler-Benz Sindelfingen (38 000 Beschäftigte) von der Stuttgarter Streikleitung nachträglich in den Streik genommen oder wie Opel Rüsselsheim (34 000) von vornherein als Schwerpunkt in Hessen eingeplant. Zum anderen waren weitere Automobilkonzerne wie BMW (München: 18 000, Dingolfing: 10 000) und Opel Bochum (19 000) von der kalten Aussperrung betroffen und damit zum indirekten, aber für die Gesamtdynamik wichtigen Kampffeld geworden. Ohne daß Betriebe dieser Größenordnung allein ausschlaggebend gewesen wären, werden an ihrem Beispiel unterschiedliche Handlungstypen im Arbeitskampf sichtbar.

Großbetriebe als Kampffeld: Unterschiedliche Handlungstypen

Exemplarisch bringt der „Sindelfinger Konflikt“ den Widerspruch zwischen der Logik des Streikmodells und der Logik der Massenstimmungen und -bewegung zum Ausdruck. Als am 15. Mai, einen Tag nach Streikbeginn, Daimler-Benz die kalte Aussperrung für 22 000 Beschäftigte in Sindelfingen ankündigte und eine daraufhin von der IG Metall vorbereitete Betriebsversammlung gerichtlich untersagen ließ, entwickelte sich auf einer Kundgebung am 16. Mai ein starker Druck auf Einbeziehung in den Streik – insbesondere der 11 000 Beschäftigten, die weiterproduzieren sollten. Motive waren neben einer Verhinderung der Spaltung der Belegschaft vor allem Unsicherheiten über finanzielle Unterstützung und alternative Handlungsmöglichkeiten.⁴⁸ Obwohl die Einbeziehung Sindelfingens in der Öffentlichkeit als kämpferisches Signal aufgenommen wurde, bestätigte der Vorstand der IG Metall den

⁴⁸ In den „Streik-Nachrichten“ Nr. 41 v. 17. 5. 1984 wird die Stimmung auf der Kundgebung geschildert, auf die der Stuttgarter Bevollmächtigte der IGM, Klaus Zwickel, dann mit den Worten reagierte: „Wir schaffen jetzt Fakten. Wir lassen uns nicht spalten. Die IG Metall ruft jetzt alle gewerblichen Arbeitnehmer des Daimler-Benz-Werkes Sindelfingen zum Protest auf...“

Streikbeschluß des Bezirks Stuttgart erst mit zeitlicher Verzögerung, um ein Aufbrechen der Front gegen die kalte Aussperrung bundesweit zu verhindern.

Der weitere Verlauf bei Daimler-Benz Sindelfingen bestätigte ein eher niedriges Niveau an Kampfmoral und Disziplin: Mit Ausnahme ausländischer Streikposten war die Beteiligung an den Torkontrollen und an Solidaritätskundgebungen wie schon beim Streik 1978 recht gering und nahm nach Beginn der Aussperrung, am 23. Mai, weiter ab. Die über zehn ländliche Streiklokale aufgeteilte Mitgliederregistrierung erschwerte zudem einheitliche Aktions- und Kommunikationszusammenhänge und die Formierung der Belegschaft als kollektive Macht.

Opel bildete den Schwerpunkt der Arbeitskampfstrategie der IG Metall in Hessen (75 Prozent der Mitglieder bei insgesamt neun Streikbetrieben) und demonstrierte über sechseinhalb Wochen eine stabile Streikfront. Zwei Faktoren hatten die Einbeziehung des Rüsselsheimer Werkes beeinflußt: Opel hatte für die 35-Stunden-Bewegung eine Vorreiterrolle in der IG Metall gespielt, wie die erstmalige Aufstellung dieser Forderung auf einer Betriebsversammlung 1977 (noch vor dem Gewerkschaftsbeschluß) und das Engagement der Delegierten zuletzt auf dem Gewerkschaftstag 1983 bewiesen. Außerdem stellt Opel seit dem Führungswechsel im Betriebsrat Mitte der siebziger Jahre zu einer aktiven, linkssozialdemokratisch geprägten Gruppe und mit einem stabilen Vertrauenskörper (rund 1000 Vertrauensleute auf 25 000 Mitglieder) eine der stärksten Bastionen der hessischen IG Metall dar.⁴⁹

Opel Rüsselsheim und sein regionales Umfeld sind traditionell sozialdemokratisch geprägt. In der Streikleitung, die mehrheitlich von führenden sozialdemokratischen Betriebsfunktionären bestimmt war, waren die betrieblichen Minderheitsströmungen der Grünen und der Kommunisten, deren Betriebsgruppe außerordentlich aktiv zur Unterstützung der Streikfront wirkte, integriert.⁵⁰ Gegen den Streik wirkten vor allem der CMV (5 von 49 Sitzen im BR) und die DAG (zwei Sitze), wobei auch in deren Potential die Polarisierung der Klassenfronten Teile an die Seite der Streikenden drückte.

Die Dimensionen eines Großbetriebes von besonderem Ausmaß beeinflussten in mehrerer Hinsicht den Streikablauf. Täglich betreten bis zu 5000 Beschäftigte, also etwa ein Siebtel der Belegschaft, das Werk – darunter waren allerdings allein 700 Personen Notbelegschaft (mit IG-Metall-Ausweis), 900 Auszubildende und 1400 AT-Angestellte. Den restlichen bis zu 2000 Streikbrechern standen 3000 bis 4000 Streikposten gegenüber, die täglich wechselten, so daß in der Woche bis zu 20 000 Mitglieder aktiv in den Streik einbezogen wurden. Der Rahmen des Arbeitskampaflaufs wurde durch eine Vereinbarung zwischen Streikleitung und Opel-Direktion bestimmt, nach der von

49 Vgl. hierzu D. Düe/J. Hentrich, *Krise der Automobilindustrie – Das Beispiel des Multi General Motors/Opel AG*, Informationsbericht des IMSF Nr. 35, Frankfurt 1981.

50 Die Betriebsgruppe der DKP bei Opel Rüsselsheim veröffentlichte während des Streiks 28 reguläre Ausgaben ihrer Betriebszeitung „Der Motor“, u. a. mit Interviews der führenden Betriebsfunktionäre, und gab Anfang August 1984 den Bildband „Ein großer Kampf – der Opel-Streik“ heraus. Generell erwies sich die DKP als einzige nationale Organisation, die von Beginn an die Streikbewegung mit allen Kräften unterstützte.

den insgesamt 36 Toren bis auf acht alle geschlossen wurden. Eine Aufkündigung dieser Regelung hätte für jede Seite Risiken und eine Eskalation zur Folge gehabt. In der zweiten Phase des Arbeitskampfes benutzte die Opel-Geschäftsleitung dieses Agreement als Drohung, um die Einhaltung einer von ihr gerichtlich erwirkten „Gassenbildung“ für die Streikbrecher zu sichern. Dieser Fakt wirkte als legalistische Eingrenzung von Aktivitäten, wenngleich nach organisatorischen Anlaufschwierigkeiten in den ersten Wochen aktive Elemente des Streiks wie Kundgebungen und Solidaritätsfeste vor den Toren, Bildungsveranstaltungen mit fortschrittlichen Wissenschaftlern, eigene Frau-aktivitäten und ähnliches erheblich zunahmen.

Als „weicher“ Punkt der Arbeitskampfführung des IG-Metall-Vorstandes stellte sich die unzureichende Einstellung auf die sozialpsychologischen Auswirkungen der kalten Aussperrung heraus, die als Folge der „Nadelstichtaktik“ ebenso vorherzusehen war wie die Verweigerung des Kurzarbeitergeldes durch die Bundesanstalt für Arbeit, die unter Druck der Bonner Regierung stand.⁵¹ Die IG Metall hatte generell alle Betriebsräte darauf orientiert, unter Ausnutzung aller Rechte des BetrVG Produktionsstilllegungen zu verhindern bzw. zu verzögern. Die betrieblichen Reaktionen auf die kalten Aussperrungen hatten allerdings einen weitgehend spontanen Charakter. Sie hingen von der betrieblichen und örtlichen Aktions- und Führungstätigkeit ab, die im wesentlichen durch die jeweiligen betrieblich-hegemonialen Kräfte bestimmt war und unterschiedliche, positive wie negative Ergebnisse brachte.

Den negativsten Pol bildeten die süddeutschen BMW-Werke in München, Dingolfing und Landshut (nur 1200 Beschäftigte). In allen Belegschaften dominieren rechtssozialdemokratische und extrem sozialpartnerschaftliche Kräfte, wobei das politische Umfeld ebenfalls einen starken CSU-Einfluß sichert. Dies trifft trotz einer aktiven Verwaltungsstelle insbesondere auf das Werk Dingolfing zu, in dem sich große Gruppen als Arbeiter der ersten Generation aus dem niederbayerischen Raum rekrutieren (in München ist der Ausländeranteil höher). Die durch die Boulevardpresse angeheizte antigewerkschaftliche Stimmung fand hier große Resonanz und drückte sich in einer aggressiven Haltung gegenüber den Funktionären und in einer Austrittswelle aus. Aktionen als Bezugspunkt blieben sehr begrenzt (Dingolfing: Solidaritätsfahrt nach Stuttgart; München: Kundgebung am 18. Mai); an der Bonner Kundgebung am 28. 5. nahmen aus Dingolfing 50 und aus München 20 Beschäftigte teil. Die Distanz zur Gewerkschaft und zum Streik war noch durch die Haltung des Betriebsratsvorsitzenden gefördert worden, der sich in der Öffentlichkeit als Gegner der 35-Stunden-Forderung und mit eigenen Vorschlägen für eine Schlichtung unter *Helmut Schmidt* schon in der ersten Streikphase profiliert hatte.⁵² Innerbetrieblich wurden die sozialen Folgen durch vorgezogene Urlaubsregelungen und Überbrückungskredite gedämpft.

51 Vgl. hierzu kritisch Dieter Keller: Zu den großen Streiks in Baden-Württemberg, in: *Unsere Zeit*, 26., 28. und 31. 7. 1984.

52 Auf der Hauptversammlung von BMW, am 5. 7. 1984, wurde die IG Metall vom Vorstand des BMW-Konzerns scharf angegriffen, während dem Betriebsrat „tiefer Respekt“ ausgesprochen wurde. Vgl. hierzu *Die Zeit* Nr. 29, 13. 7. 1984.

Die Objektrolle der Ausgesperrten wurde in keiner Weise überwunden. Für die IG Metall stellte die Entwicklung bei BMW einen ernsthaften Einbruch dar, der den auf Beendigung des Streiks und schnelle Kompromisse drängenden Kräften Argumente lieferte.

Einen aktiven Handlungstyp in der Reaktion auf die kalte Aussperrung repräsentiert das Opel-Werk Bochum, das im traditionell von der Arbeiterbewegung geprägten und daher eher solidarisch reagierenden Milieu des Ruhrgebiets liegt. Innerhalb des Betriebsrats existiert eine aktive linke Strömung von IG-Metall-Mitgliedern, daneben gibt es noch zwei linksoppositionelle Listen. Als die Konzernleitung von den 19000 Beschäftigten 12000 kalt aussperrte, formierte sich aufgrund der Inaktivität der Vertrauenskörperleitung ein informeller Aktionskreis, dessen Orientierungen und Vorschläge weitgehend von der IG-Metall-Ortsverwaltung übernommen wurden. Nachdem es über ein Einigungsstellenverfahren gelungen war, die kalte Aussperrung zu verzögern, scheiterte der Plan einer Betriebsbesetzung auf einer achtstündigen Betriebsversammlung am 12. Juni mit 6000 Teilnehmern daran, daß die Bekanntgabe des ersten Sozialgerichtsurteils gegen den „Franke-Erlaß“ durch den Betriebsratsvorsitzenden den Handlungsimpuls schwächte.

Auch wenn es nicht gelang, gemeinsame Schritte der Ausgesperrten mit den noch Arbeitenden zu entwickeln, ging die Vielfalt der Aktionen von Demonstrationen u. a. beim Arbeitsamt, Solidaritätsfahrten nach Rüsselsheim bis zum Vorschlag eines Straßenfestes. Die außerbetriebliche Solidarität, vor allem von SPD-Gliederungen, der DKP und vielen Friedensinitiativen, war breit. Beispiele, auch aus anderen Aussperrungsbetrieben – wie etwa Daimler-Benz Bremen –, belegen, daß für den betrieblichen Reaktionsspielraum auch das solidarische Umfeld, das sowohl durch die Infrastruktur progressiver Bewegungen wie durch die Tendenzen der Medienberichterstattung beeinflußt wird, einen hohen Stellenwert besitzt.

Streikbasis und -qualität

Die tragenden Kerne des Streiks waren die „alten Gruppen“ der Arbeiterklasse, die Industriearbeiter in den Großbetrieben, die den traditionellen Kern der Arbeiterklasse bilden und nach wie vor – zumindest beim deutschen Teil – eine feste Basis der Sozialdemokratie sind. Im Maße der Einbeziehung dieser Gruppen in die Aktion wuchs ihre Kampfbereitschaft. Besonders stabile und verfügbare Kräfte der aktiven Streikfront waren die gewerkschaftlich organisierten Ausländer. Sie brachten oftmals eine größere Beweglichkeit, Spontaneität und höhere Militanz in den Arbeitskampf ein. Dort, wo solche Impulse nicht blockiert wurden, kam es zur Annäherung insbesondere an jüngere deutsche Lohnabhängige, die durch gemeinsame kulturelle Aktivitäten (Straßenfeste usw.) gefördert wurde.

Die Angestellten erwiesen sich erneut als ein neuralgischer Punkt und organisationspolitisch ernsthaftes Zukunftsproblem der Gewerkschaften. Wie schon bei den Betriebsratswahlen sichtbar wurde, wirkten in dieser Gruppe

Konkurrenzverhalten und individuelle Anpassung am stärksten, und die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung war hier am schwächsten verankert. Nur in Ausnahmefällen wurden die Angestellten zum Streik aufgerufen: Im IG Metall-Bezirk Stuttgart wurde darauf generell verzichtet, in Hessen waren sie nur in vier von neun Streikbetrieben aufgerufen (bei Opel, Honeywell Maintal, Daimler-Benz Kassel und später Triumph-Adler, um ein bundesweites Auslieferungslager zu blockieren), in der Druckindustrie streikten überwiegend nur die Arbeiter. In der Regel wurden Angestellte auch nicht ausgesperrt, entwickelten jedoch in einigen Betrieben, in denen aktive Angestellten-Gruppen existieren, Solidaritätsaktionen. Dies trifft ebenfalls für einzelne Gruppen von Ingenieuren (z. B. VDO Schwalbach) oder in Zeitungsverlagen bei Journalisten zu (z. B. Frankfurter Rundschau: 40 Beteiligte an Solidaritätsstreiks).

Die Träger des Streiks vor Ort waren die betrieblichen und gewerkschaftlichen Vertretungskader. Zentrale Aktivität war die Beteiligung an den Streikposten, die auch aus nicht betroffenen Gewerkschaften unterstützt wurden. Dies spielte eine besondere Rolle bei den beweglichen Streikaktionen und Blockaden in der Druckindustrie, weshalb die bürgerliche Presse ihre Angriffe auf diesen Punkt richtete. Unter den aktiven Streikposten, die aus meist jüngeren Kadern unterschiedlicher DGB-Gewerkschaften bestanden, fand ein intensiver Kommunikationsprozeß statt, der die neuen Erfahrungen und Lernprozesse verdichtete.

Generell konnte nicht von begeisterter Arbeitskampfatmosphäre und der Überwindung der Trennung von Akteuren und Zuschauern – insbesondere nicht mit Blick auf das gesamte Bundesgebiet – gesprochen werden. Aber eine neue Streikqualität ist schon allein in der verstärkten Aufnahme zahlreicher Aktions- und Kulturelemente zu sehen, die durch die außerbetrieblichen Massenbewegungen der letzten Jahre mitgeprägt waren. Angesichts des traditionellen, oftmals ritualisierten und unpolitischen Streikverständnisses in der BRD deuten sich hier tiefgreifende Veränderungen an. Die unvollständige Aktionspalette reichte von der „Erprobung der 35-Stunden-Woche“, kurzen Warn- und Solidaritätsstreiks, spontanen Demonstrationen, Blockadeaktionen, der phantasievollen Bildung von „Gassen“ durch die Streikposten, neuen Kampfaktiken wie Wechselstreiks, militanteren Widerstandsformen gegen die Aussperrung, Umzingelung von Unternehmerzentralen über zentrale Aktionstage bis zum „Marsch auf Bonn“.⁵³

Die in einem Arbeitskampf bisher breiteste Unterstützung leisteten Künstler, Theater- und Songgruppen sowie Schriftsteller. Sie förderten selbstorganisierte Kulturaktivitäten der Streikenden, die sich in der Bildung eigener Chöre, in der Gestaltung von Solidaritäts- und Familienfesten und ähnlichem artikulierten. Anknüpfend an die Tradition der „Walduni“ in der Startbahn-West-Bewegung im Rhein-Main-Raum entstanden in Frankfurt und in Wies-

⁵³ Vgl. Horst-Udo Niedenhoff, *Veränderte „Streikqualität“*. Der Arbeitskampf '84 signalisiert in Methoden und Wortwahl einen Wandel zum Schlechteren, in: Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.), *gewerkschaftsreport*, Juli 1984, S. 10–13.

baden/Mainz „Streikuniversitäten“, die von über 100 Wissenschaftlern unterstützt wurden und Bildungsveranstaltungen in den Streiklokalen anboten.⁵⁴

Wechselwirkungen zwischen der politischen Kultur von Friedens- und neuen sozialen Bewegungen und der Streikbewegung konnten am ehesten dort wirksam werden, wo das großstädtische Milieu Annäherung und Kooperation begünstigte. In den Gewerkschaften wurden solche Impulse von jüngeren Lohnabhängigen- und Funktionärsgruppen aufgenommen. In einigen solcher Zentren – z. B. Frankfurt, Köln und Hamburg – war ein z. T. dichtes Netz von Stadtteilinitiativen entstanden. Solche Initiativen waren im Kern Sammelpunkte von politisch und gewerkschaftlich Aktiven, die z. T. im eigenen gewerkschaftlichen Wirkungsfeld nur unzureichende Möglichkeiten des aktiven Einschaltens in die 35-Stunden-Bewegung fanden. Sie waren zugleich aber auch eine Kontakt- und Austauschzone zwischen betrieblichen Aktivisten und Gruppen der Friedensbewegung sowie solcher auf die Arbeiterbewegung orientierten Kräfte wie DKP, SPD, DS und andere Linksgruppen. In Hamburg hatte sich aus dem Solidaritätsbündnis mit HDW ein breiter Koordinationskreis entwickelt, dem Vertreter der IG Metall, der AfA der SPD, der DKP und zahlreiche progressive Gewerkschafter – allerdings nicht mehr die Grün-Alternativen – angehörten. Trotz einiger bundesweiter Solidaritätserklärungen und der parlamentarischen Initiative zum Verbot der Aussperrung blieb das Verhalten der Grünen und der grün-alternativen Szene durch Reserviertheit und Passivität geprägt.⁵⁵ Dies weist nicht nur auf deren nach wie vor arbeiterklassenferne soziale Basis hin, sondern markiert auch Grenzen der politisierenden Ausstrahlung der Arbeitskämpfe in der Gesamtbevölkerung.

4.4 Entwicklung und Grenzen des Kräfteverhältnisses

In den Streikkämpfen stieß ein Teil des gewerkschaftlich organisierten Kerns der Arbeiterklasse der BRD unmittelbar mit dem Monopolkapital zusammen, und zwar in der Konfrontation kämpfender Belegschaften und Gewerkschaften auf der einen und monopolistisch beherrschter Unternehmerverbände und Unternehmensleitungen auf der anderen Seite. Es fand ein direkter und harter Schlagabtausch ohne Puffer und Polster statt. Freilich erfolgte dieser Zusammenstoß nicht von einer Position der Machtparität aus, sondern im Rahmen eines sozialökonomischen und politischen Herrschaftsverhältnisses, das durch das System des SMK ausgedrückt und gesichert wird.

Diese Polarisierung erfaßte faktisch die gesamte Gesellschaft, sie wurde aber nicht in allen Bereichen handlungs- und einstellungsrelevant. Denn die Konfrontation erfolgte im ökonomischen Bereich, wo es um Lohn, Leistung

54 Vgl. hierzu die Erfahrungsberichte G. Prätorius/U. Wittig-Goetz, *Wissenschaft für den Streik, Erste Erfahrungen mit einer „Streikuniversität“ in Frankfurt*, in: *dvz/die tat* v. 6. 7. 1984; Richard Sorg, *Ansätze eines Bündnisses. Die Streikhochschule Mainz/Wiesbaden*, in: ebenda v. 13. 7. 1984; Edwin Schudlich, *Streikuniversität*, in: *links*, Juli/August 1984.

55 Zur Auseinandersetzung um den Gesetzentwurf der Grünen für ein Aussperrungsverbot vgl. *Gewerkschaftliche Monatshefte* 7/1984, S. 442–450.

und Arbeitszeit geht. Sie erschien also als Teilkonfrontation. Die Polarisierung schritt fort im Maße der Politisierung des Kampfes und der Forderungen. Politisierung bedeutet dabei das Sichtbarwerden des Machtcharakters der Auseinandersetzung und der Positionen der Unternehmerverbände sowie die Verallgemeinerung der Kampforderungen. Dies war mit der kalten und heißen Aussperrung gegeben. Die Polarisierung konnte dabei um die Klasseninteressen erfolgen, was den Gewerkschaften eine ungleich größere Mobilisierungsreserve verfügbar machte als den Unternehmerverbänden. Die Wechselwirkung von politischer Legitimation und Breitenmobilisierung wurde in diesem Prozeß in Gang gesetzt, stieß jedoch auf Grenzen des in dieser Situation erzielbaren Kräfteverhältnisses.

Höhepunkt des Arbeitskampfes und der Politisierung war die dritte Streikwoche, die mit dem „Marsch auf Bonn“ und der Betriebsbesetzung von Filter-Knecht begann. Beides waren aufgrund der Massenmobilisierung, der Stoßrichtung gegen die Koalition von „Kabinett und Kapital“ und der neuen Militanz in der Aktion für die Unternehmerverbände wie für die Regierung Signale, deren Breitenecho sie abwarten wollten. In der Massenresonanz wie im Mobilisierungsgrad zum Aussperrungsbeginn in Hessen (30. Mai) zeichneten sich jedoch Grenzen ab. Der Radius von Solidaritätsaktionen innerhalb und außerhalb des DGB erweiterte sich nicht entscheidend.

Eine Vorwärtsdynamik des Arbeitskampfes hätte in dieser Situation eine Ausweitung von Streiks auf neue Bereiche erforderlich gemacht. Am Ende der dritten Streikwoche (am 1. Juni) entschied sich der Vorstand der IG Metall gegen dementsprechende Anträge und setzte auf Konfliktbegrenzung, weil er offenbar das aktivierbare Druckpotential für weitgehend erschöpft und eine Einbeziehung weiterer Bezirke in die Streikfront für zu riskant hielt. Damit war der Umschlagpunkt von der offensiv-expansiven zur eher stagnativen Phase im Arbeitskampf erreicht.

Während in der vierten Streikwoche ergebnislos Kompromißspielräume bei den Unternehmern in Verhandlungen getestet wurden, setzten IG Metall und DGB die Deeskalationslinie fort (Verzicht auf bundesweite Solidaritätsstreiks) und stellten sich auf eine Lösung in einem Schlichtungsverfahren ein, das am 15. Juni, dem Ende der fünften Streikwoche, vom Vorstand der IG Metall akzeptiert wurde.⁵⁶ In der letzten Streikphase (sechste und siebte Woche) fielen die Logik der Verhandlungen und die Logik der Massenbewegung zunehmend auseinander, was sich in verstärktem Basisdruck aus der weiterhin stabilen Streikfront und Kritik an der Führung artikulierte.

Bei den Unternehmerverbänden herrschte bis in die letzte Arbeitskampfphase eine Fehleinschätzung der Kräfteverhältnisse vor.⁵⁷ Unterschätzt worden war von Anfang an die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften, ihre Fähigkeit zur Initiative und die davon ausgehende Dynamik auf die Klasse. Dies hatte sich in der falschen Beurteilung der Urabstimmungsergebnisse und der

56 Zur Einleitung der Schlichtung vgl. den Bericht in: *Der Spiegel* Nr. 27/1984, S. 24–26.

57 Deutlichste Symptome für wachsenden Realitätsverlust boten die hysterischen Kommentare der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

langen Stabilität der Streikfront gezeigt. Ihre Spekulationen über die Reichweite der demoralisierenden und destabilisierenden Wirkungen der heißen und der kalten Aussperrung waren nicht aufgegangen. Mit den Sozialgerichtsurteilen erfolgte vielmehr in der letzten Streikphase eine Druckentlastung für die Gewerkschaften.

Die harte Linie der Unternehmerverbände war in den Metallverhandlungen in der vierten Streikwoche noch mit der Ablehnung jeder generellen Wochenarbeitszeitverkürzung, der Drohung mit dem Verzicht auf einen Kompromiß und einem tariflosen Zustand, sowie in der Druckindustrie am 21. Juni mit der brüskierenden Ablehnung der *Biedenkopf*-Vorschläge durch die Unternehmer öffentlich sichtbar geworden.⁵⁸ Diese Blockadelinie mußte sich angesichts des zwar nicht erweiterten, aber stabil bleibenden gewerkschaftlichen Streikpotentials als unrealistisch erweisen, so daß innerhalb des Unternehmerlagers die Kompromißkräfte an Gewicht gewannen.⁵⁹

Durch ihre eindeutige Bindung an Ziele und Politik der Unternehmer und ihre Instrumentalisierung für diese Politik („Franke-Erlaß“ usw.) schaltete sich die *Kohl/Genscher*-Regierung als potentieller und aktueller Konfliktvermittler aus. Innere Krisen im konservativen Block auf dem Höhepunkt des Arbeitskampfes – Fortsetzung des Verfallsprozesses der FDP bei den Europawahlen und der durch den Parteienfinanzierungsskandal ausgelöste Rücktritt *Lambsdorffs* – zwangen die Regierung zu einem zunehmend zurückhaltenden Kurs und begrenzten damit auch die Konfrontationslinie der Unternehmerverbände.⁶⁰ Die Aufgabe der Entschärfung der Konfrontation wurde vor allem von den Sozialgerichten übernommen, die zuletzt die Aufhebung des „Franke-Erlasses“ veranlaßten. Auch wenn es der Gewerkschaft nur begrenzt gelang, die Wirkung der Urteile politisch umzusetzen, wurde damit die Position der Unternehmerverbände geschwächt und der Druck verstärkt, das Tabu der 40-Stunden-Woche fallenzulassen. Damit bestätigte sich die Bedeutung der juristischen Konfliktebene in diesem Arbeitskampf, einer besonderen Ebene des Kampfes um Hegemonie. Sichtbar wird erneut eine Grundtendenz des SMK-Staates, nämlich die Verlagerung der „Konsensdefinition“ vom Parlament und der Regierung zu den Obergerichten, die ebenfalls schon in der Konfliktphase Ende der 70er Jahre im „Mitbestimmungsurteil“ des Bundesverfassungsgerichts zum Ausdruck gekommen war.

Bei der Kompromißfindung in der Sache selbst konnte sich die Sozialdemokratie in Gestalt *Georg Lebers*, eines ehemaligen exponierten Vertreters des Sozialpartnerschaftsflügels im DGB, als Integrationskraft profilieren. Mit *Leber*, und später im Lufthansa-Konflikt *Karl Schiller*, sollte seitens führender SPD-Kräfte eine neue Aufwertung der sozialpartnerschaftlichen Kräfte in den Gewerkschaften erfolgen, deren Position durch den Arbeitskampf geschwächt

58 Der Bundesverband Druck erhielt unmittelbar seine Weisungen von Gesamtmetall und dem BDA, vgl. *Der Spiegel* Nr. 29/1984, S. 17, *Welt der Arbeit* Nr. 26/27, 13. 7. 1984.

59 Als publizistischer Vorreiter dieser Kräfte profilierte sich das „Handelsblatt“.

60 Blüm warnte Anfang Juni die Unternehmer vor Angriffsaussperrungen (*FAZ* 7. 6. 1984), und Kohl erklärte für die Regierung am 6. 6., Wochenarbeitszeitverkürzungen seien kein Tabu (*Handelsblatt* 7. 6. 1984).

wurde, zugleich aber auch der Monopolbourgeoisie die Bedeutung der Sozialdemokratie für die Sicherung eines „sozialen Konsenses“ und „sozialen Friedens“ in Erinnerung gerufen werden. Neue Integrationsmodelle werden schon deshalb wieder verstärkt favorisiert werden, weil das strategische Ziel des konservativen Blocks, nämlich die Gewerkschaften als Gegenmacht entscheidend zu schwächen, in diesem Arbeitskampf gescheitert ist. Die gewerkschaftliche Mobilisierungs- und Handlungsfähigkeit bestand unter komplizierten Bedingungen den Härtetest. Gescheitert ist auch der nach der Annahme des *Leber-Modells* noch unternommene Versuch, zumindest den „radikalen“ Gewerkschaftsflügel zu schwächen und der IG Druck und Papier eine demütigende Niederlage aufzuzwingen.⁶¹

5. Zukunftsprobleme der Betriebs- und Gewerkschaftspolitik

Die Bewertung der Ergebnisse des Arbeitskampfes kann sich nicht in der kritischen Einschätzung des materiellen Resultats, also hauptsächlich des erzielten Kompromisses in der Arbeitszeitfrage, erschöpfen. Sie muß eine politische Bilanzierung enthalten, wenn sie nicht in der Beschreibung des Erreichten verharren, sondern die Bedingungen für die Verarbeitung des Arbeitskampfes in den Gewerkschaften und die betriebliche Umsetzung sowie die Perspektiven des Kampfes um die 35-Stunden-Woche ausloten will.

5.1 Zum Ergebnis der Tarifabschlüsse

Die als Ergebnis des Arbeitskampfes erzielten Tarifabschlüsse in der Metall- und Druckindustrie enthalten neben die Realeinkommen nicht sichernden Einkommenserhöhungen mit langer Laufzeit, einer Verbesserung der Lohnstruktur (Druck) und der Möglichkeit zum Abschluß einer Vorruhestandsregelung (Metall) im wesentlichen zwei Komponenten: die Verkürzung der Wochenarbeitszeit um 1,5 auf 38,5 Stunden und die Möglichkeit zur Arbeitszeitflexibilisierung in unterschiedlichem Ausmaß.⁶²

Die Reduzierung der Wochenarbeitszeit ab April 1985 stellt einen Erfolg dar, auch wenn kein Stufenplan zur Einführung der 35-Stunden-Woche durchgesetzt werden konnte. Das 40-Stunden-Tabu der Unternehmerverbände wurde damit gebrochen, allerdings um den Preis zum Teil weitreichender Flexibilisierungsmöglichkeiten, die in der Metallindustrie größer sind als in der Druckindustrie und in den Tarifverträgen für die Stahlindustrie und das VW-Werk.⁶³

61 Am 27. 6., einen Tag nach Verkündung des *Leber-Modells*, wandte sich Erwin Ferlemann, der Vorsitzende der IG Druck und Papier, mit einem dramatischen offenen Brief an alle Mitglieder: „Wir werden nicht zu Kreuze kriechen.“ *druck und papier* Nr. 17, 27. 6. 1984.

62 Die IG Druck und Papier konnte die angestrebte Ausweitung von Mitbestimmungsrechten für Betriebsräte nicht durchsetzen.

63 Vgl. dazu: Ingrid Kurz-Scherf: *Arbeitszeit im Umbruch*, WSI-Arbeitsmaterial Nr. 4, Düsseldorf 1984; vgl. auch Hautsch/Pickshaus/Priester, *Der Arbeitskampf ...*, a.a.O., Kapitel V.

Während in der Druckindustrie die bisher schon vorhandenen zeitlichen Flexibilisierungsmöglichkeiten bei nunmehr allerdings generell verkürzter Arbeitszeit in den neuen Tarifvertrag übernommen wurden, kann in der Metallindustrie die Arbeitszeit künftig nicht nur zeitlich, sondern auch individuell oder gruppenspezifisch zwischen 37 und 40 Stunden variiert werden.⁶⁴

Der Abschluß des Metalltarifvertrages auf der Basis der Vorschläge *Georg Lebers*⁶⁵ stellt demnach einen Einbruch in das bisherige Tarifvertragssystem dar, indem er die Möglichkeit individuell oder gruppenspezifisch unterschiedlicher Arbeitszeiten fixiert und so den vereinheitlichenden Charakter tariflicher Regelungen und damit die Schutzfunktion von Tarifverträgen tendenziell unterhöhlt. Diese Gefahr darf nicht unterschätzt werden, ihre perspektivischen Auswirkungen lassen sich noch nicht abschätzen.

Wie die mit dem Tarifvertrag geschaffenen neuen Flexibilisierungsspielräume von den Unternehmern in der Praxis genutzt werden können, hängt wesentlich vom Widerstandspotential der Belegschaften, Vertrauensleute und Betriebsräte ab. Somit könnte sich die Regelung für die Unternehmer letztlich lediglich als *Teilerfolg* erweisen, nicht aber als der „große Durchbruch“. Denn weder entspricht der Tarifvertrag den ursprünglichen Absichten der Unternehmer (Jahresarbeitszeitverträge, tarifliche Legitimierung von Teilzeitarbeit und Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitarbeitsplätze), noch konnten sie einen *bedeutenden* Spielraum für die Differenzierung der Arbeitszeiten durchsetzen.⁶⁶ Zudem ergibt sich aus den Regelungen ein Zuwachs von Mitbestimmungs- und Kontrollrechten der Betriebsräte bei der Überwachung der zu vereinbarenden individuellen vertraglichen Arbeitszeiten. Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß bei extensiver Nutzung der neuen Flexibilisierungsmöglichkeiten die Unternehmer Neueinstellungen in größerem Umfang verhindern⁶⁷ und erhebliche Spannungen in die Belegschaften tragen können, die sich u. a. aus langfristig entstehenden Einkommensdifferenzierungen aufgrund unterschiedlicher Arbeitszeiten ergeben könnten. Die aus einer Fülle unterschiedlicher individueller Arbeitszeiten möglicherweise erwachsende Gefahr der Einführung oder Erweiterung EDV-gestützter Zeiterfassungs- und

64 Die Details dieser Flexibilisierungsregelungen bei Kurz-Scherf, a.a.O.

65 Leber hatte in seinem „Lösungsvorschlag“ die unternehmerischen Flexibilisierungsideen aufgegriffen und kapitalistische Modernisierungsinteressen mit der gewerkschaftlichen Forderung nach der Sicherung von Arbeitsplätzen zu verbinden versucht. Aus diesem Grund ist der Tarifvertrag vielfach als „Meilenstein“ in der Geschichte der Tarifpolitik gefeiert worden, während Kritiker innerhalb der Gewerkschaften ihre Meinung zum Leber-Kompromiß durch die Schlagworte „Leberkäse“, „Lebertran“ und „Leberhaken“ zum Ausdruck bringen, was sich auch in den Ergebnissen der Urabstimmung zum Abschluß des Streiks niederschlug: Nur 52,4 Prozent der abstimmenden Metaller sprachen sich in Hessen und nur 54,5 Prozent in Baden-Württemberg für das Leber-Modell aus.

66 Diese Auffassung vertritt I. Kurz-Scherf, a.a.O., S. 41.

67 Zu den Beschäftigungswirkungen der Abschlüsse bei Metall und Druck liegen unterschiedliche Schätzungen vor. Die IG Druck und Papier hält lediglich die Verhinderung eines weiteren Abbaus von 20000 Arbeitsplätzen für möglich (FAZ 12. 7. 84), die IG Metall rechnet mit 70000 neuen Arbeitsplätzen in der Metallindustrie (Hans Janßen in „Erziehung und Wissenschaft“, a.a.O., S. 6). Die Bundesanstalt für Arbeit erwartet für 1985 40000 und 1986 weitere 50000 neue Arbeitsplätze als Effekt des Metall-Tarifvertrags (Stuttgarter Zeitung, 6. 7. 84).

-kontrollsysteme muß beachtet werden. Ein weiteres Problem stellt die durch den Abschluß forcierte Verlagerung der Regelungskompetenzen vom Tarifvertrag auf die Betriebsvereinbarung und damit von der gewerkschaftlichen Tarifpolitik auf die Ebene der Betriebsratspolitik dar.

Den aus dieser Entwicklung resultierenden negativen Konsequenzen kann durch die Weiterentwicklung betriebs-, d. h. auch beschäftigtenaher Ansätze der Gewerkschaftspolitik, die Aktivierung der gewerkschaftlichen Vertrauensleutearbeit und die stärkere Einbindung der Betriebsräte in die Gewerkschaftsarbeit entgegengewirkt werden. Die Notwendigkeit hierzu wird von der IG Metall gesehen. Ihr unmittelbar nach dem Tarifabschluß erarbeitetes „Umsetzungsprogramm“⁶⁸ sieht vor, daß noch im Herbst 1984 umfangreiche Schulungsmaßnahmen für Betriebsräte und Vertrauensleute über die Risiken und Chancen des neuen Tarifvertrages durchgeführt werden, wobei neben Auslegungsfragen auch Strategien zur beschäftigungswirksamen Realisierung der 38,5-Stunden-Woche auf der betrieblichen Ebene diskutiert werden sollen. Erst nach erfolgter Schulung sollen dann in Absprache mit der Gewerkschaft Betriebsvereinbarungen abgeschlossen werden.

5.2 Nach dem Streik: Fragen für die Zukunft

Der spezifische politische Charakter des Arbeitskampfes resultierte aus der Situation, daß der Arbeitszeitkonflikt von der herrschenden Klasse zum Test für die Durchsetzungsfähigkeit der konservativen Strategie gemacht worden war. Wie die Entwicklung der Positionen im Arbeitskampf selbst zeigte, besaß die Aufrechterhaltung des 40-Stunden-Tabus für den Erfolg oder Mißerfolg dieser strategischen Zielsetzung politische Symbolkraft. Im eindeutigen Scheitern dieses Ziels liegt die über die aktuelle Situation und die materiellen Ergebnisse weit hinausreichende Bedeutung des Kampfes. Durch die auch im aktuellen westeuropäischen Vergleich herausragende Demonstration der autonomen Handlungsfähigkeit einer Gewerkschaftsbewegung in einer komplizierten Situation werden damit Grenzen der konservativen Hegemonie sichtbar.⁶⁹ Auch wenn die politische Landschaft der BRD nicht unmittelbar verändert wurde, muß die herrschende Klasse die Arbeiterbewegung als Gegenmachtfaktor zur „Wendepolitik“ nach diesem Arbeitskampf ernster nehmen, als sie es vorher zu tun bereit war.⁷⁰

68 Klaus Lang, Umsetzung der neuen Arbeitszeitbestimmungen: Herausforderung für die gewerkschaftliche Betriebspolitik, in: *Der Gewerkschafter* 8/1984, S. 2. Hans Vossen, 38,5-Stunden-Woche: Wie kann man sie wirksam im Betrieb umsetzen?, in: *Unsere Zeit* v. 14.8.1984.

69 In „revier“ (Nr. 8/1984, S. 28) wird dagegen die Auffassung vertreten: „Konfrontiert mit der konservativen Strategie gesellschaftlicher Neustrukturierung haben sich die Gewerkschaften der BRD als Papiertiger erwiesen.“ Eine konträre Auffassung äußert Horst-Dieter Zahn, „Kein großer Sieg, aber auch keine Niederlage. Warum alles in allem dieser Abschluß ein Erfolg ist.“ In: *express* Nr. 7, Juli 1984, S. 1 und 17.

70 Von ausschlaggebender Bedeutung für eine realistische Gesamtbewertung des Arbeitskampfes ist die Beachtung der Ausgangslage. Vgl. hierzu Herbert Mies, Die Weichen sind gestellt, in: *Unsere Zeit* v. 7. 7. 1984.

Es hat nicht lange gedauert, bis nach Abschluß der Tarifverträge die ersten Stimmen laut wurden, die einen Abbau der Konfrontation und insbesondere der Politisierung des Konflikts intendierten. In dieser „zweiten Runde“ trat in der Strategie von Unternehmern und Regierung stärker das Bemühen in den Vordergrund, das im Streik spürbar gewordene und durch ihn entwickelte Kräfteverhältnis in Rechnung zu stellen und Formen der institutionalisierten Sozialpartnerschaft neu zu beleben („Kamingespräche“). Als Grundorientierung ist für das Monopolkapital in der BRD eine funktionsfähige Integrationspolitik gegenüber den Gewerkschaften unabdingbar und wird im Zweifelsfalle auch restriktiveren Strategien, wie sie in Großbritannien in den Gewerkschaftsgesetzen und nach dem Arbeitskampf in Überlegungen für ein Verbändegesetz zum Ausdruck kommen, vorgezogen. Aber auch innerhalb des DGB zeigen erste Stimmen, daß die Wiederbelebung korporatistischer Integrationsmodelle neue Auseinandersetzungen provozieren wird, zumal einige damit die Spekulation einer Neuaufgabe einer „großen Koalition“ verbinden.⁷¹ Auf solche Weise würde aber gerade das, was die Gewerkschaftsbewegung durch diesen Kampf an einsatzfähiger Gegenmacht gewonnen hat, wieder aufs Spiel gesetzt.

Im Zusammenhang mit diesem Kampf bildete sich ein Block von Gewerkschaften heraus, die sich stärker an den Klasseninteressen der Mitglieder orientieren. Kern waren die IG Druck und Papier und die IG Metall, aber auch aus anderen Bereichen insbesondere des öffentlichen Dienstes wurde Unterstützung sichtbar. In diesem Konflikt um die Arbeitszeit war der kämpferische Flügel zum Kraftpol der DGB-Gewerkschaften geworden. Selbst Gewerkschaften, die mehr oder weniger offen die 35-Stunden-Zielsetzung sabotiert hatten, profitierten von dieser Bewegung bei ihren Vorruhestandsabschlüssen. Es ging also auch um eine gewerkschaftspolitische Weichenstellung.

Wegen der Schärfe der Auseinandersetzung legte der Streik organisatorische und politische Unzulänglichkeiten und Schwächen in der Mobilisierungsfähigkeit bloß.⁷² Durch die innergewerkschaftliche Verarbeitung dieser Schwachstellen, die nicht einfach nur aus der Summierung von Fehlern der Vergangenheit resultieren, sondern auch auf neue Anforderungen aufmerksam machen, wird letztlich die Zukunft der Gewerkschaften mitentschieden.

Wie erwähnt, wurde der Streik im wesentlichen von den „traditionellen Truppen“ der Gewerkschaftsbewegung getragen, d.h. von den Kerngruppen der Industriearbeiterschaft in traditionsreichen Betrieben der verarbeitenden

71 Insbesondere der stellvertretende DGB-Vorsitzende Fehrenbach betonte nach dem Streik mehrmals, dieser habe sich nicht gegen die Regierung gerichtet. Überlegungen einer „großen Koalition“ wurden schon vor geraumer Zeit von Hermann Rappe, SPD-MdB und Vorsitzender der IG Chemie, geäußert (vgl. Presse-Dienst der IG Chemie-Papier-Keramik v. 30. 11. 1983) und im August 1984 von Wolfgang Roth (Fraktionsvorstand der SPD) aufgegriffen.

72 Dies wird selbstkritisch auch von führenden IG-Metall-Funktionären angesprochen. Hans Mayr wies auf die mangelnde „Solidarität innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes und in der eigenen Organisation“ hin. „Man habe auch die Kampfbereitschaft von Arbeitern außerhalb des Kampfgebietes falsch eingeschätzt. Aussperrung und ‚kalte‘ Aussperrung hätten nicht stark genug mobilisiert“ (nach FAZ v. 4. 7. 1974).

Industrie. Bei den Angestellten und den technischen Kadern (Ingenieure und dergleichen) war es dagegen oft schwierig, sie zur Solidarität mit ihren streikenden oder ausgesperrten Arbeiterkollegen zu bewegen. Ähnlich war es mit Beschäftigten in anderen Branchen, vor allem in Dienstleistungsbereichen, wo oft wenig Verständnis, teilweise Ablehnung für die Streikziele bestand.

Mit dem künftig sich fortsetzenden Abbau von Arbeitsplätzen in der verarbeitenden Industrie werden die traditionellen Truppen weiter schrumpfen. Ein zentrales Problem wird die gewerkschaftliche Verankerung in den high-tech-Industrien sein, die einen neuen Belegschaftstypus repräsentieren. Soll ein gewerkschaftlicher Machtverlust vermieden werden, müssen auf diesem Sektor Kräfte konzentriert werden. Dies kann Überlegungen einer alternativen Technologiepolitik der Gewerkschaften, neuer Organisationsprozesse unter solchen qualifizierten Lohnabhängigengruppen wie auch Auswertungen der Arbeitskämpferfahrungen einschließen.⁷³

Auswertungen des Arbeitskampfes werden sich nicht nur auf die traditionellen Kriterien der Streikerfahrung beschränken können. Daß das Kapital diese Auseinandersetzung zur gesellschaftspolitischen Machtfrage eskalierte, dahinter steckte der Umstand, daß die 35-Stunden-Forderung die Frage der Entwicklungslogik der Ökonomie aufwarf und sozialpolitische Grundorientierungen zum Kampfgegenstand gemacht wurden.

Die 35-Stunden-Bewegung hatte die breitere Thematisierung von Fragen in der gewerkschaftlichen Diskussion gefördert, die über das Arbeitszeitproblem hinaus weitere politische Kampffelder berühren.⁷⁴ Die beschäftigungspolitischen, leistungs- und humanisierungspolitischen sowie freizeit- und kulturpolitischen Dimensionen von Arbeitszeitverkürzungen stellen die Gewerkschaften vor die Notwendigkeit, umfassendere Alternativen und Handlungskonzepte auch in diesen Bereichen zu entwickeln. Dies wird insbesondere auf zwei Gebieten vordringlich: Schon die Auseinandersetzung in den Krisenbranchen Stahl und Werften hatte die Notwendigkeit einer alternativen Wirtschaftspolitik unterstrichen, die machtpolitische Veränderungen wie Verstaatlichung und Ausweitung von Mitbestimmungsrechten einschließt. Angesichts der geringfügigen Beschäftigungswirkungen der Tarifabschlüsse erhält der Kampf für eine Umorientierung staatlicher Wirtschaftspolitik noch größere Aktualität. Zum anderen werden tarifpolitisch zur Flankierung der weiteren Arbeitszeitverkürzungskonflikte ein stärkerer Einfluß auf die Arbeits- und Leistungsbedingungen sowie ein Zugriff auf den sich vergrößernden Sektor der „ungeschützten Lohnarbeit“ an Bedeutung gewinnen.⁷⁵

In der Auseinandersetzung um die Zukunft der Arbeit wird die Erweiterung des politischen Mandats der Gewerkschaften zu einer Schlüsselfrage. Der 35-Stunden-Kampf und die Sicherung des gewerkschaftlichen Gegenmacht-potentials waren dafür eine wichtige Voraussetzung.

73 Vgl. hierzu die erste Streikauswertung von Rolf Knecht (Gesamtbetriebsrat bei Honeywell Maintal), *Der IG-Metall-Streik bei Honeywell – Einige Gedanken*, in: *Unsere Zeit* v. 7. 8. 1984.

74 Vgl. K. Pickshaus, *Weiterwirkende politische Aspekte des Kampfes um die 35-Stunden-Woche*, in: L. Mahlein u. a., a.a.O.

75 Vgl. hierzu die Referate von W. Riester und G. Gerlach in: L. Mahlein u. a., a.a.O.